

Jahresbericht 2016

April 2017

Einblicke in die Arbeit der Bundesarbeitsgemeinschaft Evangelische Jugendsozialarbeit

Aus dem Inhalt

| | |
|---|----|
| In erster Linie junge Menschen | 2 |
| 10 Jahre Kooperationsverbund | 2 |
| Rechtskreisübergreifende Zusammenarbeit | 3 |
| männlich.weiblich.geflüchtet | 3 |
| Schulsozialarbeit: Geflüchtete junge Menschen in der Schule | 4 |
| Industrie 4.0 – Arbeit 4.0 – Gesellschaft 4.0 | 5 |
| Black Box Integrationspolitik | 6 |
| Mitten unter uns! Rassismus bei einer Fachtagung | 7 |
| jmd2start: Teilhabe so früh wie möglich | 8 |
| Online-Beratung: Neue Chancen durch neue Medien | 8 |
| Bedeutung der Zusammenarbeit mit der Türkei | 9 |
| Bereichernd: 10 Jahre Ausbildungskooperation | 10 |
| Zur Zusammenarbeit mit der Diakonie Deutschland | 10 |
| Der »Poor Dog« der Geschäftsstelle | 11 |
| SGB VIII-Reform | 12 |
| Blick auf das Jahr 2017 | 12 |

Impressum

Jahresbericht der BAG EJSA 2016

Herausgeberin und Vertrieb:

Bundesarbeitsgemeinschaft Evangelische Jugendsozialarbeit e. V. (BAG EJSA)
Wagenburgstraße 26–28, 70184 Stuttgart
Tel. +49(0) 711/16489-0
Fax +49(0) 711/16489-21
mail@bagejsa.de, www.bagejsa.de

Redaktion:


Verantwortlich: Gisela Würfel (wü)
Beiträge: Eva Acir (ac), Günter Buck (bu), Michael Fährndrich (fä), Rebekka Hagemann (ha), Jürgen Hermann (he), Judith Jünger (jj), Susanne Käppler (suk), Yvonne Kellermann-Ittershagen (kel), Andreas Länge (lg), Ella Ruppert (er), Claudia Seibold (sei), Hans Steimle (ste), Özcan Ülger (ül), Benjamin Weil (bw), Walter Weissgärber (ww), Hanna Zängerling (zä)

V.i.S.d.P.: Michael Fährndrich (Geschäftsführer)

Bildnachweis: ryflip/fotolia.com (S. 1 o.), Büro M. Weinberg (S. 1 u.), Büro K. Griese (S. 2 li), Sebastian Fancellu/Fotolia (S. 2 o.), Parität. Gesamtverband (S. 3 o.), Trägerkreis Junge Flüchtlinge (S. 4 o.), Michael Rittmeier/pixelio (S. 4 u.), Rainer Sturm/pixelio (S. 5 u.), Dieter Schütz/pixelio (S. 5 u. und li.), Johannes Müller/BruderhausDiakonie (S. 6 o.), JMD-Servicebüro (S. 8 alle außer u. re.), Nadezha Krainenko (S. 8 u. re.), Rudolf Ortner/pixelio (S. 9 Spalte re.), Janina Braun (S. 10 o.), TinPong/Fotolia (S. 11 o.), Rebekka Sommer (S. 11 u.), kamasigns/Fotolia (S. 12 o.), marqs/Fotolia (S. 12 u.), Rest BAG EJSA

Gefördert durch:  Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Im Verband mit:  Diakonie

 aej Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend in Deutschland e.V.



Blick zurück, Blick nach vorne

Gesellschaftlicher Wandel hin zur Einwanderungsgesellschaft

Wo steht die Evangelische Jugendsozialarbeit aktuell nach dem »Flüchtlingssommer« 2015? Was kann ein Fachverband unserer Größe ausrichten bei einem so umfassenden Thema wie Flucht und Integration? Findet unser Ruf nach umfassender und nachhaltiger Integration Gehör?

Unser christliches Menschenbild ist unser Kompass in diesen bewegten Zeiten. Zwischen gefühlter Willkommenskultur und realer Abschottungspolitik liegen nur wenige Monate. Umso

wichtiger ist es, auf die Lebenssituation von jungen Geflüchteten aufmerksam zu machen, die in erster Linie junge Menschen sind. 2015 war die BAG EJSA mit ihrem Jahresthema »Junge Flüchtlinge« am Puls der Zeit, 2016 war das Thema Flucht immer noch hochaktuell. Nun galt es aber, die komplexe Thematik nachhaltig in der Jugendsozialarbeit zu verankern. Denn es geht nicht um eine Flüchtlingskrise, nach deren Abflauen man wieder zum Normalmodus zurückkehren kann, sondern

um einen gesellschaftlichen Wandel hin zu einer Einwanderungsgesellschaft.

Gestaltungsauftrag

Auf Grund der langjährigen Erfahrung mit jungen Menschen mit Migrations- und Fluchtgeschichte und ihren Familien hat die Jugendsozialarbeit einen Gestaltungsauftrag in diesem gesellschaftlichen Wandel. Um diesen einlösen zu können, braucht es eine informierte Fachöffentlichkeit, geschulte Fachkräfte und nicht zuletzt eine Poli-

Im Gespräch mit Bundestagsabgeordneten

Im Fokus: Junge Geflüchtete, Jugendmigrationsdienste und die SGB VIII-Reform

Wie können Zugänge zu Bildung und Ausbildung für junge Geflüchtete erleichtert werden und ihre Chancen auf einen Ausbildungserfolg steigen? Das beschäftigt nicht nur Fachkräfte in der Arbeit mit jungen Geflüchteten, Bildungsträger und die Wirtschaft, sondern auch die Politik. Ein Teil der Hürden wurde abgebaut und es wurden neue Maßnahmen geschaffen. Einige Hürden bestehen jedoch weiterhin und es stellt sich die Frage, ob alle Maßnahmen, die ins Leben gerufen wurden, hilfreich sind. Anknüpfend an ein politisches Fachgespräch im Rahmen des Kooperationsverbundes Jugendsozialarbeit Ende 2015 waren wir auch in 2016 dazu mit Bundestagsabgeordneten im Gespräch.

Nachhaltige Integration

Initiiert von der BAG EJSA sprachen am 14.3.2016 VertreterInnen des Kooperationsverbundes Jugendsozialarbeit mit Brigitte Pothmer, der arbeitsmarktpolitischen Sprecherin und mit ReferentInnen von Beate Walter-Rosenheimer, Sprecherin für Jugendpolitik und Ausbildung von Bündnis 90/Die Grünen.

Weitere Termine folgten im Herbst mit Katja Mast, der arbeitsmarktpolitischen Sprecherin der SPD-Fraktion und mit Kerstin Griese (SPD), der Vorsitzenden des BMAS-Ausschusses. Wesentliche

fahrungen der Jugendsozialarbeit in der Kompetenzfeststellung bei jungen eingewanderten Menschen. Die Gespräche werden 2017 fortgesetzt, auch mit Terminen vor Ort in den Wahlkreisen.



Marcus Weinberg (MdB, jugendpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Fraktion)

Themen waren Maßnahmen für eine nachhaltige Integration, Erfahrungen mit den Angeboten (Sprachkursen, Maßnahmen der Bundesagentur für Arbeit, des BAMF), die Flexibilisierung der Instrumente, mehr Ressourcen für sozialpädagogische Begleitung und Er-

Hilferuf der JMD

Die bundesweit rund 450 Jugendmigrationsdienste (JMD) sind wichtige Anlaufstellen für junge eingewanderte Menschen. Sie bieten neben Gruppenangeboten persönliche Beratung und Begleitung. Damit sie die gestie-

ten, die begreift, dass Integration nicht zum Nulltarif zu haben ist und die Förderung und der Ausbau von existierender Infrastruktur nachhaltiger ist als ein Wildwuchs von Projekten.

Engagement der BAG EJSA

Der Rückblick auf 2016 bietet eine große Palette von Aktivitäten. Vieles davon war auch deshalb erfolgreich, weil die BAG EJSA eng mit anderen Partnern kooperiert hat, so z. B. bei der Positionierung des Kooperationsverbundes »Geflüchteten jungen Menschen Teilhabe, Bildung und Ausbildung ermöglichen!« Die Mitgliederversammlung verabschiedete »Forderungen für eine bedarfsgerechte Förderung von jungen Geflüchteten«.

Verstärkt fanden Gespräche mit Bundestagsabgeordneten statt. Bei den gut besuchten Fachtagungen wurde deutlich, dass die gelingende Integration von jungen Geflüchteten alle Fachkräfte beschäftigt und gleichzeitig die Frage nach einer inklusiven Haltung gegenüber allen jungen Menschen impliziert. Pünktlich zur JMD-Jahrestagung wurde der Flüchtlingsfalter fertig, der in Form eines Himmel- und Höllenspiels verdeutlicht, was junge Menschen brauchen: lernen, wohnen, arbeiten, teilhaben.

Eine zentrale Erkenntnis aus den letzten eininhalb Jahren ist: Wir müssen nicht nur Integration gestalten, auch die Öffnung der Aufnahmegesellschaft ist eine große Baustelle und angesichts des aktuellen Rechtsrucks sind die Fragen nach rassismuskritischer Bildungsarbeit und Demokratiebildung drängender denn je. ■ (jj)

genen Anforderungen aufgrund der erhöhten Zuzugszahlen bewältigen können, müssen sie entsprechend ausgestattet werden. Denn: Viele der jungen Geflüchteten, die in 2015 nach Deutschland einwanderten, kamen im vergangenen Jahr erst in den JMD an. Das war Thema bei einer ganzen Reihe von Gesprächen im Vorfeld der Haushaltsverhandlungen für 2017. Es gab zwar viel Verständnis für das Anliegen, zum Schluss erfolgte jedoch keine wirkliche Erhöhung der Mittel, eine Enttäuschung vor allem für die Fachkräfte und letztendlich auch für die jungen Menschen, die zurzeit teilweise mehrere Monate auf ein Beratungsgespräch warten müssen (siehe auch den Bericht auf Seite 7).

SGB VIII-Reform: Kommt sie?

Gesellschaftliche Entwicklungen und neue Herausforderungen machen es notwendig, in den Gesetzeswerken von Zeit zu Zeit Veränderungen vorzunehmen oder sie ganz zu reformieren. Das Sozialgesetzbuch VIII beinhaltet

→ Bitte lesen Sie weiter auf Seite 2

→ Fortsetzung von Seite 1

vieles, was unverändert gut und sinnvoll ist. Allerdings besteht tatsächlich auch Änderungsbedarf und diesem will das BMFSFJ Rechnung tragen. Dieses große Vorhaben wurde im vergangenen Jahr auf den Weg gebracht. Allerdings war der Start anders, als wir uns das vorgestellt hatten (siehe auch den Bericht auf Seite 12).

Zunächst vermissten wir den intensiven fachlichen Austausch unter Beteiligung der Verbände in einem angemessenen Zeitrahmen. Dieser wurde im Herbst zumindest ein Stück weit vom BMFSFJ doch organisiert. Uns beschäftigte besonders der Verweis auf die infrastrukturellen, sozialraumorientierten Angebote, die vorrangig genutzt werden sollen. Hier sind noch viele Fragen offen: Wie können sie verbindlicher im Gesetzeswerk verankert werden? Woher sollen die Mittel kommen,



MdB Kerstin Griese (SPD-Fraktion)

die notwendigen, aber bisher nicht vorhandenen Angebote aufzubauen? Wo bleibt der präventive niedrigschwellige Anteil an Angeboten in der Jugendsozialarbeit, wenn das Jugendamt vorrangig Jugendliche zuweist, die schon zum »Fall« geworden sind?

Im Rahmen des Kooperationsverbundes Jugendsozialarbeit und Gesprächen bei der Diakonie Deutschland hat sich die BAG EJSA damit auseinandergesetzt und ihre Einschätzung zu für die Jugendsozialarbeit wichtigen Aspekten auch in mehreren Gesprächen mit MdB geäußert: So z. B. mit Marcus Weinberg (familienpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Fraktion), mit Fachreferenten von Beate Walter-Rosenheimer (Bündnis 90/Die Grünen, zum Zeitpunkt des Gesprächs Sprecherin der Kinderkommission im Bundestag), mit Ute Vogt (SPD-Fraktion), mit der Linksfraktion im Bundestag und mit Stefan Kaufmann (CDU-Fraktion).

Fokus auf Jugendwohnen

Ein besonderes Thema im Kontext des SGB VIII war gegen Ende des Jahres das Jugendwohnen, da es im Zusammenhang mit der Unterbringung von jungen Geflüchteten von Seiten der MinisterpräsidentInnen der nLänder plötzlich auf die Tagesordnung kam. In Gesprächen mit Abgeordneten wurde deutlich, dass es einen großen Bedarf an Information gibt. Im Rahmen des Kooperationsverbundes fand daher am 14. Dezember ein Fachgespräch mit VertreterInnen aus der Politik von Bundes- und Landesebene statt.

Am Ende des Jahres war noch offen, mit welchen Schritten und Terminen es mit der SGB VIII-Reform weitergehen wird. Wir werden also wachsam sein, weiterhin im Gespräch bleiben und unsere Erwartungen an ein inklusives SGB VIII einbringen. ■ (wü)

In erster Linie junge Menschen

Forderungen für eine bedarfsgerechte Förderung von jungen Geflüchteten

Zwei Jahre haben wir uns intensiv mit der Situation junger Geflüchteter und ihrem Förderbedarf befasst. Wo stehen wir Ende 2016? Die Antwort lautet: weiterhin mittendrin – sowohl in Bezug auf die Weiterentwicklung der Angebote der Jugendsozialarbeit selbst als auch bezogen auf unser Engagement für eine verbesserte Förderung. Was dafür nötig ist, haben wir in dem Papier »Forderungen der BAG EJSA für eine bedarfsgerechte Förderung von jungen Geflüchteten« auf den Punkt gebracht. Für Gespräche mit den Zuständigen in den Kommunen, auf Landes- und auf Bundesebene und im parlamentarischen Raum wird es auch im Jahr 2017 eine Grundlage sein. Die Inhalte des Papiers stellen wir hier deshalb noch einmal dar.

Junge Menschen mit Fluchterfahrung sind in erster Linie junge Menschen. Für sie gelten die UN-Kinderrechtskonvention und die Standards der Kinder- und Jugendhilfe nach SGB VIII. Junge Geflüchtete – begleitete, unbegleitete Minderjährige ebenso wie junge Volljährige – müssen eine frühzeitige und bedarfsgerechte Förderung für ihre gesellschaftliche, schulische und berufliche Integration erhalten. Dazu gehört ausreichend Zeit insbesondere ausreichend Zeit, für den Spracherwerb.

Jugendsozialarbeit mit ihren Handlungsfeldern Jugendmigrationsarbeit, Jugendwohnen, Schulsozialarbeit, Jugendberufshilfe, aufsuchende Jugend-

sozialarbeit sowie Mädchen- und Jugendsozialarbeit leistet einen wichtigen Beitrag zur Integration vor Ort. Sie unterstützt insbesondere diejenigen jungen Geflüchteten, die in erhöhtem Maße auf Unterstützung angewiesen sind. Dies ist mit den aktuell zur Verfügung stehenden Ressourcen jedoch nicht leistbar.

Nachhaltig und bedarfsgerecht

Wir fordern daher eine nachhaltige Finanzierung und bedarfsgerechte Aufstockung der bestehenden Regel-Infrastruktur statt kurzfristiger und befristeter Projektmittel. Nur verlässliche Rahmenbedingungen in gut ausgestatteten Strukturen steigern die Chance auf eine nachhaltige Integration der jungen geflüchteten Menschen.

1. *Spracherwerb und Bildung* sind für alle geflüchteten jungen Menschen unabhängig von Zugangsbarrieren wie Status, Bleibeperspektive, Sprachkenntnisse, Art und Ort der Unterbringung, Mobilitätseinschränkungen etc. zu gewährleisten. Jeder junge Mensch muss als Grundvoraussetzung für gelingende Integration in Schule, Ausbildung, Studium und Arbeit die Möglichkeit bekommen, ausreichende Sprachkenntnisse sowie einen Schulabschluss zu erwerben. Hierfür sind die rechtlichen Bedingungen zu schaffen, unter anderem durch die Verlängerung des Rechts auf Zugang zur Berufsschule.



2. Die *Instrumente des SGB VIII* müssen sehr flexibel ausgestaltet werden, um sie den individuellen Bedarfen anpassen zu können. Eine sprachunabhängige *Kompetenz-, Ressourcen- und Qualifikationserfassung* ist eine wichtige Grundlage für eine zielgerichtete schulische und berufliche Förderung, genauso wie eine passgenaue, bedarfsgerechte Begleitung während der Ausbildung.
3. Jeder geflüchtete junge Mensch muss eine unabhängige *Rechtsberatung* bekommen, die sprachlich verstanden wird.
4. Der *Rechtsanspruch nach §41 SGB VIII* (Hilfen für junge Volljährige) muss auch vollumfänglich für junge volljährige Flüchtlinge gelten.
5. Bei jungen volljährigen Flüchtlingen (ob unbegleitet, oder auch begleitet),

die nicht auf Hilfen des §41 SGB VIII angewiesen sind und die dennoch erhöhten Unterstützungsbedarf haben, muss ebenfalls sichergestellt werden, dass ihnen *sozialpädagogische Begleitung durch die Jugendhilfe in den verschiedenen Unterbringungsarten* (Gemeinschaftsunterkunft, dezentrale Unterbringung, Anschlussunterbringung etc.) gewährt wird. Dies gilt auch für diejenigen mit erhöhtem Unterstützungsbedarf, die das 21. Lebensjahr bereits vollendet haben.

6. Das bundesfinanzierte Angebot der *Jugendmigrationsdienste* ist ein Teil der Jugendsozialarbeit und muss entsprechend der Zuwanderungszahlen und des Migrationsanteils sowie des Ausbaus der Integrationskurse gemäß § 45 AufenthG *bedarfsgerecht ausgestattet* werden.

Nie so präsent wie heute

Resumé zu zehn Jahren Kooperationsverbund Jugendsozialarbeit

Vor zehn Jahren wurde die BAG Jugendsozialarbeit (1949 gegründet als BAG Jugendaufbauwerk) aufgelöst. Sie war der Zusammenschluss aller AkteureInnen der Jugendsozialarbeit, mit einer Geschäftsstelle in Bonn mit ca. 18 Beschäftigten.

Neuer Verbund

Als Ersatz wurde damals von den Mitgliedern mehrheitlich die Bildung eines Kooperationsverbundes beschlossen, ohne eigene Rechtsform und Geschäftsstelle. Schließlich einigte man sich jedoch auf die Einrichtung einer »Stabsstelle«, die die Koordination der gemeinsamen Arbeit am Sitz der Bundesregierung in Berlin leisten sollte.

Nicht alle Beteiligten waren über diese Beschlüsse glücklich, so auch der Verfasser dieses Artikels. Es bestand die große Sorge, dass eine gut funktionierende BAG aufgelöst wird und damit eine wirklich effektive und schlagkräftige Lobbystruktur für die Jugendsozialarbeit durch eine »kastrierte« Notlösung ersetzt werden soll. Diese Sorge war nicht unberechtigt. Der neue Kooperationsverbund brauchte tatsächlich einige Jahre, um wieder eine gute Routine in der Zusammenarbeit der sieben Organisationen auszubilden.

Gemeinsames Auftreten

Nicht alle Organisationen brachten im Kooperationsverbund den gleichen Einsatz und bis sich die beiden Gremien, der fachliche und der strategische Lenkungsreis, »gefunden« hatten und kontinuierlich und zielgerichtet



arbeiten konnten, dauerte es einige Zeit. Nach nunmehr zehn Jahren ist im Kooperationsverbund wieder eine zufriedenstellende Effizienz und fachliche Expertise erreicht, allerdings personell schlechter ausgestattet als in der früheren BAG Jugendsozialarbeit und damit ohne thematisch orientierte Fachgremien. Trotzdem: Die politische Beachtung des Kooperationsverbundes lässt nichts zu wünschen übrig. Er ist ein wichtiger Player in der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland. Dies wurde ihm u. a. auch vom Deutschen Jugendinstitut in der Evaluation des KJP-Programms »Jugendsozialarbeit« bestätigt: »Ein gemeinsames Auftreten als Kooperationsverbund ist strategisch relevant, um die Anliegen in die verschiedenen externen Strukturen der Kinder- und Jugendhilfe sowie der Jugend-, Bildungs- und Arbeitsmarktpolitik transportieren zu können. Positionierungen des Kooperationsverbundes

haben oftmals eine stärkere fachliche und politische Wirkung ...« (als die der einzelnen Verbände, der Verfasser).

Hohe politische Präsenz

Eine Fachzeitschrift wurde etabliert, die DREIZEHN. Sie wurde zu einem hochgelobten Organ der Jugendsozialarbeit in Deutschland. Fachliche Stellungnahmen werden in Koordination durch die kompetente und sehr zuverlässig arbeitende Stabsstelle von der Sprecherin nach Abstimmung im Strategischen Lenkungsreis veröffentlicht und die Stabsstelle vertritt gemeinsam mit oder in Absprache mit der Sprecherin die Interessen der Jugendsozialarbeit in vielen Gremien und Anhörungen, an denen die sieben Mitgliedsorganisationen personell gar nicht in der Lage wären, teilzunehmen. So kann die Jugendsozialarbeit derzeit eine hohe politische Präsenz zeigen. Laut DJI-Evaluation stellt die Stabsstelle »gewissermaßen

den Kristallisationspunkt des Netzwerkes dar, der die Arbeit des Kooperationsverbundes sowohl fachlich-inhaltlich als auch redaktionell begleitet und damit die Qualität seiner Produkte gewährleistet.«.

Kontinuität und Kompetenz

Auch dass der Kooperationsverbund in der Wahrnehmung von außen als kompetent und kontinuierlich arbeitend wahrgenommen wird, ist mit ein Verdienst der Stabsstelle, die immer wieder Lücken bei der inhaltlichen Arbeit schließt und Engpässe bei den Mitgliedern kompensiert. So sichert sie ab, dass sich der Kooperationsverbund jederzeit zu den für die Jugendsozialarbeit relevanten Themen abstimmt und kompetent mit Pressemeldungen und dem Newsletter »druckfrisch« zu Wort melden kann.

Wieder ein Erfolgsmodell

Als Fazit ist festzustellen, dass die Arbeit der sieben Verbände des Kooperationsverbundes gegenüber der Exekutive (Bundesagentur für Arbeit und Bundesministerien) und der Legislative (Parlamentarier und Bundestagsausschüsse) nie so präsent war wie heute. Der Kooperationsverbund Jugendsozialarbeit – so kann man getrost sagen – ist wieder ein Erfolgsmodell wie es die BAG Jugendsozialarbeit damals vor zehn Jahren war – auch wenn die Interessen und Vorstellungen der einzelnen Mitglieder zum Teil recht unterschiedlich sind. Wir wissen ja: Die Geschichte wiederholt sich stets. ■ (fä)

Starke Partnerin im Übergang Schule-Beruf?!

Die Rolle der Jugendsozialarbeit in der rechtskreisübergreifenden Zusammenarbeit

7. Ein Gesamtkonzept Integration erfordert auch zusätzliche Mittel für die Länder und Kommunen, damit Angebote der *Jugendsozialarbeit vernetzt und bedarfsgerecht* weiterentwickelt werden können. Dies ist erforderlich, um gemeinsam mit Jugendarbeit, Jugendverbandsarbeit und dem erzieherischen Kinder- und Jugendschutz (§ 11 bis § 14 SGB VIII) mit weiteren Akteuren vor Ort in Kooperation treten zu können.

Ganzheitlich orientiert

In allen Arbeitsfeldern der Evangelischen Jugendsozialarbeit muss es *zukünftig verstärkt um Menschenrechtsbildung, Wertevermittlung und Demokratieerziehung* gehen. Dies richtet sich an alle Jugendlichen in Deutschland, an die jungen Geflüchteten und auch an die Fachkräfte.

Aufsuchende Jugendsozialarbeit und mobile Jugendsozialarbeit erreicht junge Geflüchtete und vermittelt ihnen Kenntnisse und Zugänge zu unserem ausdifferenzierten Hilfesystem.

Die Evangelische Jugendsozialarbeit organisiert *Gruppenangebote* und non-formale *Bildungsangebote* und ermöglicht so Kontakte zwischen jungen Geflüchteten und Einheimischen, die auf beiden Seiten Vorurteile und Ängste abbauen.

Die BAG EJSA setzt sich für die *zielgerichtete Weiterentwicklung der Evangelischen Jugendsozialarbeit und die Qualifizierung der Fachkräfte* ein, unter anderem zu den Themen Arbeitsmarktzugang, Traumatisierung, Extremismusprävention, Asylrecht und geschlechtsspezifische Ansätze. (verabschiedet bei der MV der BAG EJSA am 12.10.2016) ■ (jj)

Ob die Jugendsozialarbeit wirklich eine starke Partnerin in der rechtskreisübergreifenden Zusammenarbeit der Sozialgesetzbücher II, III und VIII vor Ort ist, war Ausgangsfragestellung einer Fachveranstaltung des Paritätischen Gesamtverbandes (federführend zu diesem Thema im Kooperationsverbund Jugendsozialarbeit) und der BAG EJSA (Juniorpartner) am 4.10.2016 in Berlin. Der Einladung sind fast 100 Interessierte gefolgt.

Neben einem bundesweiten Überblick über das Übergangsgeschehen von der Schule in die Ausbildung durch Frank Neises (BiBB) wurde ein wissenschaftlicher Einblick in verfestigte Lebenslagen chancenarmer junger Menschen durch Frank Tillmann (DJI) geliefert. Martin Schubert (f-bb Landesnetzwerkstelle RÜMSA) stellte das Landesprogramm »RÜMSA« (Regionales Übergangsmanagement) aus Sachsen-Anhalt vor.

Praktische Umsetzungsbeispiele aus unterschiedlichen Bundesländern zeigten die Jugendhilfe in einer starken Rolle bei der Unterstützung im Übergang Schule-Beruf, insbesondere von Jugendlichen mit besonderem Förderbedarf. Die Dokumentation der Fachveranstaltung kann in der Geschäftsstelle der BAG EJSA Hans Steimle (steimle@bagejsa.de) bestellt werden.

Die Rolle der Länderprogramme

Bei einem Expertinnengespräch am 8.11.2016 in Berlin wurde die Rolle von Länderprogrammen zur Unterstützung des Übergangs Schule-Beruf bei der Gestaltung der rechtskreisübergreifenden Zusammenarbeit beleuchtet. Dabei ging es auch um die Frage, ob es nicht gerade Länderprogramme sind, die eine gemeinsame Finanzierung von

rechtskreisübergreifenden Maßnahmen ermöglichen und welche Rolle sie dann einnehmen.

Verankerung der Jugendhilfe

An diesem Gespräch nahmen zehn VertreterInnen aus der Landesebene und aus Verbänden der Jugendsozialarbeit teil. Zu Beginn stellten Dr. Nicole Rosenbauer und Martin Kositzka vom

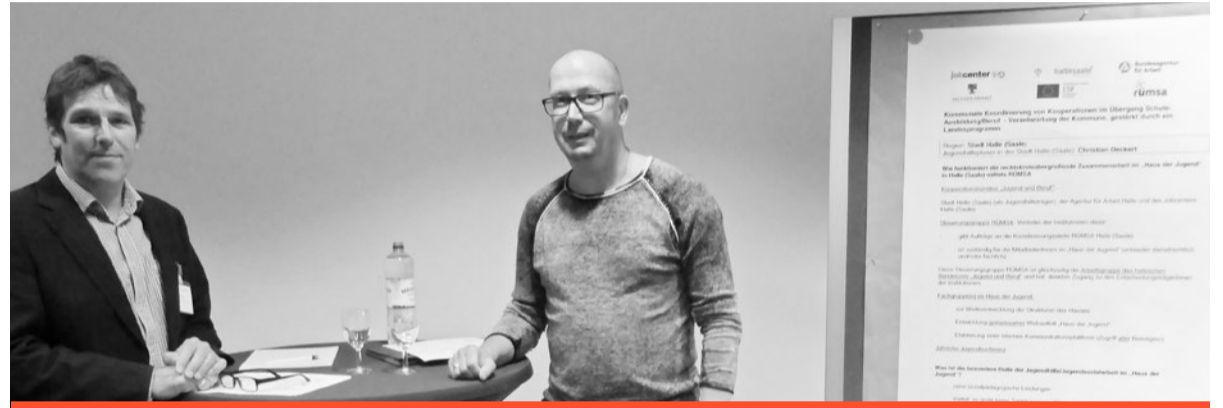
Jugendhilfe verankert, wodurch deren Beteiligung auf Augenhöhe (bzw. bezogen auf die Bedarfe des jungen Menschen auch federführend) bei der Gestaltung des Übergangs Schule-Beruf für benachteiligte junge Menschen unabdingbar sei.

Die erste Erkenntnis bei der intensiven Beschäftigung mit dem Thema war: Ohne freie Förderung und mit der

nicht gleich Land – auch intern tickt jedes Ressort anders. Die Moderation der rechtskreisübergreifenden Zusammenarbeit wäre aber eine wesentliche Funktion der Ressorts. Dafür gibt es gute Beispiele.

Ziel: Eine Anlaufstelle

Auch zum Thema Jugendberufsagenturen war das Bild sehr uneinheitlich.



Christian Deckert (Jugendhilfeplanung Halle/Saale, Bildmitte) berichtet zur kommunalen Koordinierung, Hans Steimle (BAG EJSA)

Berliner Rechtshilfefonds ihre ganz eindeutigen Forderungen vor: Angesichts der mangelnden Ausstattung und Umsetzung (und konkret bezogen auf Berlin auch der massiven Einschränkungen der letzten Jahre) bei der Umsetzung des § 13 SGB VIII sei es dringend erforderlich, den besonderen und eigenen Beitrag der Kinder- und Jugendhilfe für den Übergang in das Berufs- und Erwachsenenleben zu betonen, ihn einzufordern und notfalls auch einzuklagen (insbesondere § 13.2 SGB VIII). Im Sinne einer möglichst umfassenden Förderung müssen dabei auch die Leistungen des SGB II und III einbezogen werden. Die notwendige Einzelfallorientierung sei jedoch nur in der

Vergabevorgabe für das SGB II sind wendungsrechtliche gemeinsame Finanzierungen kaum noch realisierbar.

Kaum Gestaltungsspielräume

Die zweite Erkenntnis: Die gemeinsame Finanzierung über Ausschreibung belässt die Gestaltung, Trägerauswahl, Teilnehmerauswahl etc. bei der Arbeitsförderung (SGB II oder III). Eine Ausnahme bietet hier noch die freihändige Vergabe bei einer vorteilhaften Gelegenheit. Unsere These: Nur über die Landesebene lassen sich Konditionen von den Mit- oder auch Hauptfinanzierern (über 50%) mitbestimmen.

Der Austausch zu den Erfahrungen in den Ländern zeigte: Land ist

Wichtig ist das Signal, dass es eine Stelle gibt, an die sich Jugendliche wenden können und die sich um ihre Anliegen kümmert. Dieses Ziel muss in allen Kommunen klar sein! Neben der Frage, was aus den Jugendberufsagenturen wird und wie wir zu echten Standards und einer festen Beteiligung der Jugendhilfe kommen, wurde auch immer wieder die Notwendigkeit angesprochen, den § 13 SGB VIII zu (re)etablieren und strukturell abzusichern, damit er in (allen!) Kommunen wieder mit Leben gefüllt wird und dann auch Bundes- und Landesinitiativen greifen können. Die Verankerung über Jugendhilfeplanung oder § 79 SGB VIII ist hier als Ansatzpunkt nicht ausreichend. ■ (ste)

männlich, weiblich, geflüchtet

Geschlechterbezogene Arbeit mit jungen Geflüchteten

Obwohl 70 % der weltweit geflüchteten Menschen weiblich sind, sind nur 20 % der in Deutschland ankommenden weiblich. Viele haben einen langen Fluchtweg hinter sich, auf dem sie Gewalt und lebensbedrohliche Situationen erlebt haben. Insbesondere Frauen und Mädchen müssen fürchten, auf der Flucht sexuell missbraucht oder vergewaltigt zu werden oder für Schutz mit Geld oder dem eigenen Körper zahlen zu müssen.

Ausgebuchte Fachtagungen

Was bedeutet das für die pädagogische Arbeit? Wie können genderbezogene Aspekte und erprobte Handlungsansätze einbezogen werden? Diesen Fragen widmete sich die BAG EJSA in 2016 in Publikationen und drei Fachtagungen: beim Fachtag »Stärkung und Ermutigung. Arbeit mit geflüchteten Mädchen und jungen Frauen mit Gewalt- und Traumaerfahrung« am 2. Februar in Düsseldorf, bei der großen Fachtagung mit 150 Teilnehmenden »männlich, weiblich, geflüchtet: Geschlechterbezogene soziale Arbeit mit jungen Geflüchteten« am 30. Juni in München oder der Tagung »Die Zukunft nach der Ankunft – Verbesserung der Lebenslagen von geflüchteten Mädchen und jungen Frauen in Deutsch-

land« am 10. November in Stuttgart. Alle Tagungen wurden mit zahlreichen KooperationspartnerInnen durchgeführt: u. a. der BAG Mädchenpolitik, BAG Jungenarbeit, LAG Mädchenpolitik in Baden-Württemberg, Bundesforum Männer, LAG Jungenarbeit



v.l.n.r.: Sabine Rotte (Referentin am 10.11.2016 in Stuttgart) und Esther Peylo (vj)

(Baden-Württemberg), VJ Bundesverband, DaMigra Köln, Frauennotruf Düsseldorf, Evangelische Jugend im Rheinland, EVA Stuttgart, VHS München, Stadtjugendamt und IMMA München.

Die Veranstaltungen waren alle ausgebucht, was ein großes Interesse und einen hohen Informationsbedarf bei den Fachkräften zeigt. Es wurde im-

mer wieder deutlich, dass jedeR junge Geflüchtete als Mensch mit einer eigenen (Flucht)Geschichte, mit individuellen Voraussetzungen, Ressourcen, Kompetenzen und Werten gesehen werden muss. Dabei ist das Geschlecht ein wichtiger Aspekt.

Geschlechteraspekte

Beispielhaft nennen wir hier einige Geschlechteraspekte von jungen weiblichen und männlichen Geflüchteten in dem Wissen, dass wir viele Menschen mit unterschiedlicher geschlechtlicher Identität und unterschiedlicher sexueller Orientierung dabei außer Acht lassen. Ausführliche Informationen finden

Sie in der Literatur (siehe die Hinweise in dem Kasten rechts).

So wurde aus der Praxis z.B. berichtet, dass geflüchtete junge Frauen in einem meist männlich dominierten Umfeld aus Angst vor Übergriffen oft zurückgezogen leben und es oft lange dauert, bis sie ihre Hilfebedarfe artikulieren und Unterstützung organisiert werden kann. Um eine Isolation zu verhindern, sind weibliche Bezugspersonen (Lehrerinnen und Sozialarbeiterinnen in Zusammenarbeit mit Beratungsstellen, Therapeutinnen, Ärztinnen und Übersetzerinnen) besonders wichtig.

Auf jungen Männern, deren Flucht oft unter großen Mühen durch die Familie finanziell ermöglicht wurde, lastet ein hoher Erwartungsdruck. Sie sollen die Familie im Heimatland finanziell unterstützen oder sich darum kümmern, dass Familienmitglieder nachkommen können. Männliche Bezugspersonen können hier förderlich sein, um einen persönlichen, tragfähigen Kontakt von Pädagogen zu den Jungen und jungen Männern herzustellen. Erfahrungen aus der Jungensozialarbeit bietet hierzu Handlungsansätze und Methoden. Wichtig ist auch eine Auseinandersetzung mit Männlichkeitskonzepten der Herkunftskulturen. ■ (suk)

Literatur und weitere Informationen

BAG EJSA (2015): *Junge Frauen und Mädchen nach der Flucht. Vom Regen in die Traufe?* – Positionierung der BAG EJSA, www.bagejsa.de/publikationen-und-downloads/downloads/positionierungen/

BAG Mädchenpolitik (2015): *Mehr Aufmerksamkeit für geflüchtete Mädchen und junge Frauen* – Positionierung mit Handlungsempfehlungen zur Verbesserung der Lebenssituation geflüchteter Mädchen und junger Frauen in Deutschland

Michael Fährndrich/Susanne Käppler (2016): *Plädoyer für einen geschlechterbezogenen Blick in der Arbeit mit geflüchteten jungen Menschen*, in: DREIZEHN – Zeitschrift für Jugendsozialarbeit, Nr. 15

Susanne Käppler/Gisela Würfel (2017): *Der geschlechterbezogene Blick – Weder differenzblind noch differenzfixiert sein*, in: Soziale Arbeit mit jungen Geflüchteten in der Schule, Claudia Seibold, Gisela Würfel (Hrsg.), Weinheim

Die Dokumentationen der genannten Fachtagungen finden Sie unter www.bagejsa.de/publikationen_downloads/Tagungsdokumentationen

Informationen und Praxiseinblicke zur geschlechterbezogenen Jugendsozialarbeit finden Sie auch unter www.bagejsa.de/handlungsfelder/maedchensozialarbeit

Geflüchtete junge Menschen in der Schule

Fragestellungen, Aufgaben und Herausforderungen für die Fachkräfte in der Schulsozialarbeit

Junge Flüchtlinge sind in erster Linie Jugendliche und sollten als Jugendliche und nicht als Sonderwesen Flüchtling wahrgenommen werden.

Der Zuzug vieler junger Menschen aus allen Ländern der Welt stellte die Schulen in Deutschland 2015 und 2016 vor große Herausforderungen. Von »Überforderung«, »chaotischen Zuständen«, »Missmanagement« etc. war die Rede. Diese Attribute erneut zu wiederholen, kolportiert nur einmal mehr die Unwahrheit. Deshalb möchte ich hier ganz klar konstatieren: Die Schulen haben die Aufnahme der jungen Menschen im Großen und Ganzen gut und schnell geschafft. Dass dabei nicht immer die optimale Lösung für jeden einzelnen gefunden wurde, ist aber genauso wahr.

Thema in allen Arbeitsbereichen

Die Fragestellung, wie junge Geflüchtete am besten beschult werden können und sollen und was dafür notwendig ist, hat die BAG EJSA 2016 in vielfältiger Form beschäftigt: Von Fachtagungen über Publikationen, Stellungnahmen, politischen Gesprächen bis hin zu einem Fachkräfteaustausch mit der Türkei, waren nahezu alle Arbeitsbereiche mit dem Thema befasst. Welche Positionierungen die BAG EJSA, auch in Zusammenarbeit mit anderen, dazu 2016 veröffentlicht hat, ist im ersten Beitrag auf Seite zwei dargestellt. Neben den politischen Aktivitäten war das Thema aber auch fachlich von gro-



ßer Bedeutung. Deshalb hat die BAG EJSA 2016 erstmals auf Anfrage eines Verlags die Herausgabe eines Buches in Angriff genommen.

Im Januar 2017 erschien das Buch »Soziale Arbeit mit jungen Geflüchteten in Schule« im Beltz Juventa-Verlag. In diesem Arbeitsbuch wird die psychosoziale Situation der jungen Menschen beschrieben und daraus werden Handlungskonzepte abgeleitet. Normen und Werte sind genauso Thema wie Konzepte rassismuskritischer Arbeit, der Demokratiebildung und grundlegende Infos zu rechtlichen Fragen. Ergänzt werden diese Beiträge durch vielfältige Praxisbeispiele.

Die diesem Buch zu Grunde liegenden Fragen waren auch Thema des Fachkräfteaustauschs mit der Türkei. Dort beschäftigten sich zwanzig Fachkräfte aus Deutschland und der Tür-

kei im Oktober in München eine Woche lang mit der Frage, wie Bildung und Teilhabe für junge Geflüchtete geleistet werden kann. Auch die traditionelle Nikolaustagung des Kooperationsverbundes Schulsozialarbeit stellte die jungen Geflüchteten in den Mittelpunkt des Interesses.

Integrationsbereitschaft und Aufnahmebereitschaft

Im Laufe des Jahres wurde immer deutlicher: Die Aufnahme der jungen Menschen stellt nicht nur Anforderungen an deren Integrationsbereitschaft sondern ebenso große Anforderungen an die Aufnahmebereitschaft der ansässigen Wohnbevölkerung.

Wenn die Frage nach den Normen und Werten der jungen Geflüchteten so thematisiert wird, dass »sie die ganz anderen« sind, grenzt man sie aus und

schafft erst die Konflikte. Denn – und das ist empirisch vielfach belegt – die jungen Geflüchteten wollen in allererster Linie »normal sein«, sie wollen Bildung, sie wollen Sicherheit.

Und die Migrationsforschung stellt fest: »Kulturelle Identitäten« sind keine statische Größe, sondern sie entwickeln sich weiter. Menschen, die migrieren (müssen) entwickeln »hybride Identitäten«, indem sie verschiedene »kulturelle Konzepte« integrieren. Und jede Gesellschaft braucht zu ihrer Weiterentwicklung Migration. Ohne Migration keine Modernisierung!

Aufgaben und Herausforderungen für die Fachkräfte

Für die Fachkräfte, die an den Schulen arbeiten, lassen sich deshalb folgende Herausforderungen/Aufgaben ableiten: Die Methoden und Techni-

ken der sozialen Arbeit müssen diversitätssensibel angewandt werden. Dafür ist kritische Selbstreflexion wichtig. Als Beitrag dafür ist mehr Personal mit eigener Migrationserfahrung nötig. Die Vorbildwirkung trägt zum Abbau von Diskriminierung bei und schafft neue Perspektiven in den pädagogischen Settings. Grundsätzlich gilt es, die Ungleichheiten nicht weg zu reden, sondern wahrzunehmen und zu thematisieren und zum Ausgangspunkt für den Einsatz für gesellschaftliche Integration und soziale Gerechtigkeit zu machen (Zusammengefasst nach Angelika Schmidt-Koddenberg, katholische Hochschule Köln).

Nausikaa Schirilla von der Katholischen Hochschule Freiburg formulierte in ihrem Vortrag bei einer unserer Tagungen ganz konkrete Anforderungen an die Schulsozialarbeit: Schulsozialarbeit schafft Raum für die Artikulation von Mehrfachidentitäten, Raum für Selbstfindung und Selbstverortung von Jugendlichen. Die Fachkräfte sind dabei lebensweltorientierte Begleitende der neuen Verortungen. Sie sind aufgefordert, junge Geflüchtete doppelperspektivisch als gleich und zugleich anders zu sehen. Somit sind sie zu einer kontinuierlichen Selbstreflexion herausgefordert und brauchen eine klare Wertekompetenz mit einer klaren eigenen normativen Haltung. Zugleich ist aber die Schulsozialarbeit auch ein Raum der Vermittlung gesellschaftlicher Erwartungen. ■ (sei)

Schulsozialarbeit ausbauen und professionell etablieren

Buch zum Bundeskongress Schulsozialarbeit erschienen

Zehn Monate nach dem zweiten Bundeskongress Schulsozialarbeit ist im Herbst 2016 das Buch mit 50 Beiträgen zum Bundeskongress Schulsozialarbeit erschienen.

Es zeigt die große Spannweite der auf dem Kongress diskutierten Themen und Projekte. Vom Grußwort über den Eröffnungsvortrag von Jutta Allmendinger und die Vorträge in den Foren bis hin zu den aktuellen Forschungsvorhaben und den Beiträgen aus der Praxis, findet sich alles wieder.

AutorInnen der Beiträge sind u. a. Wilma Aden-Grossmann, Jutta Allmendinger, Maria Busche-Baumann, Christoph Butterwegge, Ulrich Deinet, Nicole Ermel, Max Fuchs, Dan Pascal Goldmann, Stephanie Haupt, Jürgen Lutz, Veronika Spogis, Alexander Mavroudis, Larissa Meinunger, Andrea Platte und Andreas Walther.

Das nicht nur inhaltlich und fachpolitisch wichtige, sondern auch schöne Buch, ist ein bedeutender Beitrag zur Weiterentwicklung der Schulsozialarbeit. Die BAG EJSA war am Bundeskongress und an der Arbeit am Buch beteiligt.

Das Einzelexemplar kostet 10 Euro (zzgl. Versandkosten) und kann bestellt werden bei: GEW-Hauptvorstand, Reifenberger Str. 21, 60489 Frankfurt am Main; E-Mail: broeschueren@gew.de ■ (sei)

Wo liegt die Zukunft der Jugendberufshilfe?

Suche nach einer (Über)Lebensstrategie in einem dynamischen Arbeitsfeld

Die Dynamik im Arbeitsfeld »Jugendberufshilfe« (JBH) ist in vielen zentralen Aspekten (rechtlich, finanztechnisch, personalpolitisch) erheblich und stellt die Einrichtungen und das Personal vor große Herausforderungen. Selbstverständnis sowie eigener Anspruch und Realität (in den Rahmenbedingungen) driften weiter auseinander.

Dazu kommt, dass die JBH in der evangelischen Jugendsozialarbeit inzwischen sehr (!) heterogen ist – sowohl hinsichtlich Rechtsform, Grad der Eigenständigkeit, Betriebsaufbau (Größe, Umsatz, Personal, Kooperationen, u. a.), Inhalten (Zielgruppenschwerpunkte, Projekte- und Geschäftsfelderportfolio) und regionaler Lage.

Spagat und Widersprüche

Aufgrund des breit gefächerten Arbeitsgebiets liegt die JBH im Schnittfeld von Jugendhilfe, Bildungs-/Berufsbildungs- und Arbeitsmarktpolitik. Dieses ist von vielfältigen Spannungsverhältnissen und Widersprüchen geprägt.

Natürlich stellt sich die Frage »Wieso soll es der JBH anders gehen als vielen anderen Branchen auch?« Wir haben uns damit auseinandergesetzt, ob die JBH eine Branche bzw. Teil einer Branche ist. Das Ergebnis lautet: Das Handlungsfeld, und damit auch die diakonische JBH, gehört zur Sozialwirtschaft, und darin zur Branche sozialer/personennaher Dienstleistungen. Also sind wir mit der JBH mittendrin in den »normalen Spielregeln« der »normalen Wirtschaft«. Gleichzeitig sind wir aber nach unserem Selbstverständnis

auch anders, nämlich sozialpolitisch und anwaltschaftlich. Den Gesetzen des Marktes können wir uns trotzdem nicht entziehen, dann wären wir außerhalb der Branche.

Markt versus Selbstverständnis

Die Konsequenz daraus ist ein unlösbarer(?) Spagat: Die Einrichtungen der JBH arbeiten unter Dauerspannung – sie sind Betrieb zur Umsetzung bestimmter »Produkte« und daher Dienstleister im Marktgeschehen und wollen mit einem weiten Bildungsverständnis gleichzeitig ein Betrieb zur Umsetzung eines bestimmten Bildungsauftrags sein. In diesem Spannungsfeld ist eine dreifache Konkurrenzsituation Alltags geworden: Konkurrenz mit Betrieben der »normalen« Wirtschaft, anderen Wohlfahrtsverbänden und auch mit Einrichtungen innerhalb der Diakonie.

Trends und Herausforderungen

Zusätzlich zu der beschriebenen Situation ist die JBH – wie die soziale Arbeit generell – mit weiteren Herausforderungen bzw. Fragestellungen konfrontiert:

- Auswirkungen der demographischen Entwicklung, mit Aspekten wie z. B. Fachkräftemangel; Stadt-Land/Zentren-Peripherie-Disparitäten
- Entwicklung der öffentlichen Haushalte (besonders spürbar auf der kommunalen Ebene)
- Personenzentrierung und Sozialraumorientierung mit der bekannten Scherenentwicklung: stetig wachsender Bedarf und gleichzeitig schwächere Refinanzierung der



Leistungserbringer und der politische Kampf um Subjekt- und Infrastrukturförderung

Hinzu kommen noch zwei weitere Megatrends. In Stichworten sind dies:

- Die Integration geflüchteter Menschen in Ausbildung/Arbeit und Gesellschaft – mit vielfältigen politischen Auseinandersetzungen im Bereich der Förderangebote und im demokratisch-gesellschaftlichen Feld um Verteilungsgerechtigkeit, Werteprioritäten, kulturelle Dominanz
- Die Digitalisierung der Arbeitswelt und der Gesellschaft insgesamt (siehe dazu den Beitrag auf Seite 5)

Nötig: Identitätsfindung

Daher muss dringend folgende strategische Frage bearbeitet werden: Wohin entwickelt sich die (diakonische) JBH und was macht deren Identität aus? Innovationskraft und -fähigkeit werden

zu zentralen Überlebenskompetenzen der Einrichtungen. Ein wichtiger Aspekt JBH in der strukturellen Verankerung im Bundesverband der Diakonie und in den Landesverbänden widerspiegelt – sichtbar z. B. in den zur Verfügung stehenden personellen Ressourcen.

Zur der Bearbeitung der Identitätsfrage haben inzwischen zwei Sitzungen des Fachbeirats JBH mit erweitertem Personenkreis (»think tank«) sowie zwei Fachgespräche stattgefunden. Als Grundlage für den weiteren Diskurs sowohl in den diakonieinternen Strukturen auf Landes- und Bundesebene als auch mit externen Akteuren wurde eine umfassende Beschreibung der Realität erarbeitet. Nun geht es darum, daraus die Kernteile adressatengerecht zu formulieren, Zukunftsszenarien zu entwickeln und, falls aufgrund der Heterogenität überhaupt möglich, eine gemeinsame Identität zu finden. ■ (bu)

Industrie 4.0 – Arbeit 4.0 – Gesellschaft 4.0?!

Wie ist die Jugendsozialarbeit betroffen und welche Herausforderungen erwarten sie?

Big Data, Internet of Things, Crowdfunding, Robotik, Cyberphysische Systeme – das sind nur einige der Schlagworte, die derzeit vor allem rund um das Thema Industrie 4.0. benutzt werden. Einerseits sind die Chancen faszinierend, andererseits sind die Herausforderungen beängstigend.

Und was hat die Jugendsozialarbeit damit zu tun? Die Meinungen dazu gehen (noch) deutlich auseinander: Die Einen meinen eher »Nur eine neue Sau wird durchs Dorf getrieben«, 4.0 wird inzwischen auch als Mode- und Alltagslabel gehandelt. Andere haben die Einschätzung, dass die Auswirkungen der Digitalisierung ganz fundamentale Veränderungen in allen Lebensbereichen bringen werden, von denen wir alle betroffen sind.

Sehr reale, fundamentale Umwälzungen in drei Dimensionen

Zwar ist schon immer alles in Bewegung gewesen. Beschäftigt man sich intensiver mit dem komplexen Thema, der digitalen Transformation, so erkennt man, dass jetzt ein tiefgreifender Wandel ansteht: die Digitalisierung der Arbeitswelt und der Gesellschaft insgesamt. Und dabei handelt es sich um sehr reale, fundamentale Umwälzungen, die man (mindestens) drei Dimensionen zuordnen kann:

1. die technologische Dimension,
2. die wirtschaftlich-ökonomische und betriebliche Dimension (diese beinhaltet die Aspekte, die unter dem Stichwort »Arbeit 4.0« zusammengefasst werden können),
3. die sozial-gesellschaftliche Dimension, die viel weiterreichender und umfassender ist. So vollzieht sich zum Beispiel eine grundlegende Veränderung unserer Vorstellungen von Arbeit und auch unseres alltäg-

lichen Lebens insgesamt. Vor allem die Erwerbsarbeit wandelt sich radikal, auch mit guten Chancen für die Neugestaltung der Arbeit im Sinne der Humanisierung (Stichwort: Gesellschaft 4.0).

Auswirkungen und Herausforderungen für die Jugendsozialarbeit

Trotzdem die Frage: Soll oder muss sich die Jugendsozialarbeit (auch noch) um dieses komplexe Thema kümmern und wenn ja wie? Trifft weiterhin das Motto zu »Wir sind doch schon froh, wenn unsere Jugendlichen morgens regelmäßig und halbwegs pünktlich da sind und es ist ein großer Erfolg, wenn sie ihre Malerlehre schaffen«. Die Antwort ist eindeutig: Ja! Wir müssen uns

4.0 um die Bedeutung der Veränderungen für die berufliche Integrationsförderung und Jugendberufshilfe. Verbunden damit ist z. B. die Frage, wie und auf was wir die Zielgruppen der Jugendsozialarbeit in der beruflichen Bildung vorbereiten. Und: Wie werden sich die Einrichtungen in Bezug auf ihr Personal, ihre Organisation, ihre Konzeption und ihre Ressourcen verändern (müssen)?

Im weiteren Sinne geht es um die gesellschaftspolitische Dimension. Konkret gemeint ist die Mitverantwortung und Mitgestaltung von Lebenswelten. Dies ist ja eine grundlegend diakonische Aufgabe. Allerdings muss man aufpassen, dass man sich bei diesem Megathema nicht »verhebt«.

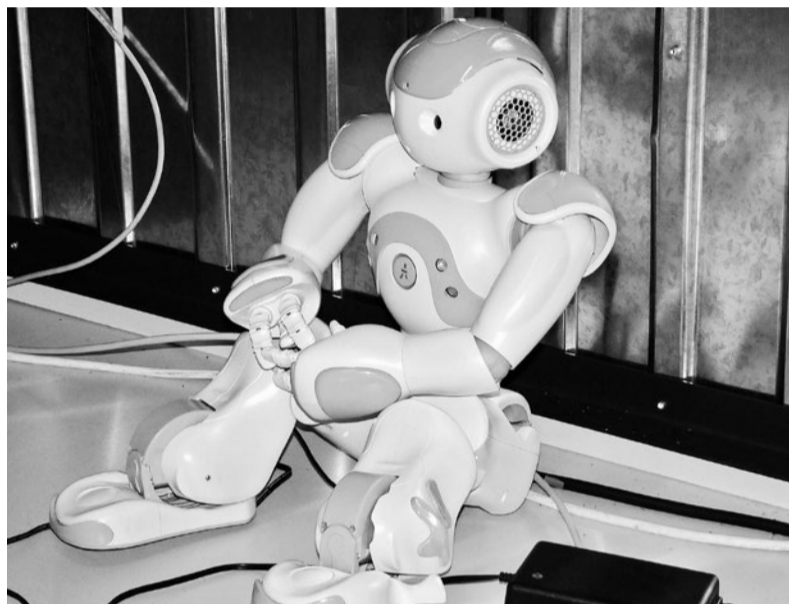
mension wird noch viel zu wenig betrachtet und bearbeitet. Wir brauchen aber Lösungen, damit nicht neue Spaltungen erzeugt werden und niemand bei der Dynamik der Veränderungen verloren geht. Es geht also um die soziale Gestaltung der sich weiter digitalisierenden und virtualisierenden Gesellschaft.

Präventive Mitgestaltung

Die Geschäftsstelle der BAG EJSA hat die Thematik aufgegriffen und ist mit dem Forum Soziale Technikgestaltung beim DGB Baden-Württemberg in einen fachlichen Austausch eingetreten. Eine erste Aktivität: mit dem Thema »Digitale Transformation« an die Öffentlichkeit zu gehen und auf die Bedeutung der sozialen Dimension aufmerksam zu machen.

Gemeinsam mit weiteren PartnerInnen (dem Kirchlichen Dienst in der Arbeitswelt, dem Diakonischen Werk Württemberg und der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft) wurde eine Fachtagung konzipiert, die inzwischen im Februar 2017 stattgefunden hat. Dort wurden die sozialen und sozial- und bildungspolitischen Fragen und Herausforderungen besprochen. Der Austausch soll zur öffentlichen gesellschaftspolitischen Debatte beitragen, um die erwarteten Umwälzungen (präventiv) mitzugestalten – nach dem Motto: Eine so zentrale Veränderung soll nicht der Technik und Ökonomie allein überlassen sein.

In einem nächsten Schritt wird es dann darum gehen, die Relevanz und die ganz konkreten Auswirkungen für die Jugendsozialarbeit zu erkunden und einzuschätzen – bezogen auf die Chancen der jungen Menschen auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt und die Arbeit der Fachkräfte ■ (bu)



mit dem Thema befassen, denn es sind zwei zentrale und langfristig angelegte Herausforderungen zu sehen:

Zum einen geht es im engeren Sinne mit Blick auf Wirtschaft und Arbeitswelt

Sozialer Brennstoff

Derzeit steht vor allem die technologische Dimension mit den betrieblichen Chancen und Herausforderungen im Fokus. Die gesellschaftspolitische Di-

Vergaberecht für Dienstleistungen

Reform erledigt, aber wurde wirklich auch eine Verbesserung erreicht?

Die Modernisierung des deutschen Vergaberechts trat fristgemäß am 17.4.2014 in Kraft und umfasst die drei Hauptteile:

1. Gesetz zur Modernisierung des Vergaberechts (Teil 4 GWB),
2. Verordnung zur Modernisierung des Vergaberechts (VgV) und
3. Sektorenverordnung, Konzessionsvergabeverordnung und Vergabestatistikverordnung.

Für Maßnahmen unter 750.000 EUR Gesamtvolumen gelten weiterhin die bisherigen Bestimmungen auf der Grundlage des Haushaltsrechts nach der VOL/A.

Vergaberechtsregelungen

Was noch aussteht sind nun die Vergaberechtsregelungen unterhalb des Schwellenwerts. Ziel ist, dass gleiche Vergaberechtsregelungen unterhalb sowie oberhalb des Schwellenwertes zur Anwendung kommen.

Zur Unterschwellenvergabeordnung (UVgO) liegt ein Gesetzesentwurf vor, der sich Ende 2016 noch im parlamentarischen Prozess befand. Im Entwurf ist zwar die »vorteilhafte Gelegenheit« enthalten, die »freihändige Vergabe« (sowie die Vergabeverfahrensarten

»wettbewerblichen Dialog« und »Innovationspartnerschaft«) sind jedoch nicht mehr vorgesehen. Stattdessen wurde die »Verhandlungsvergabe mit und ohne Teilnahmewettbewerb« neu aufgenommen.

Kein Ersatz für die bisherige freihändige Vergabe

Diese Vergabeart bietet keinen adäquaten Ersatz, denn die Eckdaten der Leistungsbeschreibung sind eben nicht verhandelbar und verwehren einer Kommune, die z. B. niedrigschwellige Konzepte der präventiven Hilfestellung im Sozialraum gestalten möchte, die Möglichkeit, im transparenten Dialog mit fachlich erfahrenen Leistungserbringern ein zielführendes Konzept zu erstellen und dabei das gerade bei den Bietern vorhandene Innovationspotential einzubeziehen.

Zudem ist für die Bundesagentur für Arbeit (BA) diese Vergabeart nicht von Interesse. Diese setzt mehr auf ihr Lieferantenmanagement mit großen Aufträgen, langen Vertragslaufzeiten, Transparenz, Bewertung von »soft factors« durch Maßnahmebetreuer und die Trägerabfragen zu einzelnen Produkten. Auch die Rechtsschutzinteressen sozialer Dienstleister

(Primärrechtsschutz) wurden aus dem Oberschwellenbereich nicht übernommen. Eine Stellungnahme der BAG FW und der BAG EJSA, die an das BMWi gesandt wurde, benennt die damit verbundenen kritischen Punkte.

Nach in Kraft treten der UVgO auf Bundesebene müssen dann noch die Bundesländer ihre Länderhaushaltsrecht-Vorschriften anpassen, sodass es eventuell zu unterschiedlichen Geschwindigkeiten und kleineren Veränderungen bei der Umsetzung kommen kann. Für die Träger der beruflichen Integrationsförderung gibt es weiterhin

noch eine ganze Reihe von offenen Detailfragen und Problemanzeigen. Daher ist das »Bündnis Vergabe von Arbeitsmarktdienstleistungen«, das sich in dem gesamten Prozess der Vergaberechtsreform immer wieder zu Wort gemeldet und positioniert hatte, nun im Rahmen der »dritten Ebene« (der Umsetzung der neuen Regelungen durch die BA) mit VertreterInnen des zentralen Einkaufs der BA im Gespräch.

Gesprächsthemen mit der BA

Bisher gab es drei Gesprächstermine. Insbesondere drei Themen sind bisher dort Gegenstand:

- die zur Anwendung kommenden bieterbezogenen Erfolgs- und Qualitätskriterien
- die Möglichkeiten der Anwendung der verschiedenen Vergabeverfahren
- das Lieferantenmanagement (Rahmenverträge, Preisgleitklauseln, Produktentwicklung, Umsetzung Barrierefreiheit etc.)

Dabei muss immer wieder betont werden, dass grundlegende Fragen und Probleme zu den Themen Tarif, Finanzvolumina und der Steuerung der Leistungserbringung generell nicht im Rahmen des Vergaberechts »bearbeitet« werden können. ■ (bu)



Schulbezogene Jugendsozialarbeit

Fachbeirat Bildung arbeitete an Fragen zum Selbstverständnis

Die Evangelische Jugendsozialarbeit engagiert sich in vielfältiger Form an Schulen. Sie setzt sich für die jungen Menschen ein, die dort – aus welchen Gründen auch immer – besondere Unterstützung brauchen. Das Engagement vor Ort ist in aller Regel klar definiert und profiliert. Für die gesamte Landschaft der Evangelischen Jugendsozialarbeit war dies bisher aber nicht klar konturiert, weshalb der Fachbeirat Bildung sich im vergangenen Jahr ausführlich mit folgenden Fragen auseinandergesetzt hat: Was ist schulbezogene Jugendsozialarbeit? Was leistet sie? Wie wirkt sie? Weshalb setzt sich evangelische Jugendsozialarbeit überhaupt an staatlichen Schulen ein? Welche Rahmenbedingungen sind für das Gelingen notwendig?

Papier zu Selbstverständnis, Zielgruppen und Wirkungen

Im Ergebnis hat der Fachbeirat Bildung dem Hauptausschuss im November dann das Papier »Schulbezogene Jugendsozialarbeit im Selbstverständnis der BAG EJSA« vorgelegt. Darin wird im ersten Kapitel das evangelische Selbstverständnis formuliert. Das zweite Kapitel umreißt die Zielgruppen, den Auftrag, die gesetzlichen Grundla-



gen und die Felder und Prinzipien der schulbezogenen Jugendsozialarbeit. Des Weiteren werden die Wirkungen beschrieben und die Anforderungen an Kooperation formuliert. Am Ende schließt das Papier mit einem Fazit und Ausblick, in dem sowohl auf die Forderungen nach außen als auch Anforderungen nach innen benannt werden.

Ziel dieser Publikation ist es, das Arbeitsfeld der schulbezogenen Jugendsozialarbeit in seiner Spezifik darzustellen, es von anderen Angeboten der Kinder- und Jugendhilfe abzugrenzen sowie Hinweise für die praktische Arbeit vor Ort zu geben und zur Zusammenarbeit zu ermutigen.

Basis für Lobbyarbeit

Der Fachbeirat Bildung möchte damit eine Grundlage für die fachliche Arbeit der Evangelischen Jugendsozialarbeit zur Verfügung stellen und eine gemeinsame Basis für die Lobbyarbeit in diesem Arbeitsfeld herstellen.

Der Hauptausschuss der BAG EJSA hat das Papier begrüßt und hält es für eine wichtige Grundlage für die weitere Arbeit. Die Veröffentlichung ist in der ersten Hälfte 2017 geplant. ■ (sei)



Diakoniepräsident lobt Engagement

Besuch beim Jugendmigrationsdienst der BruderhausDiakonie in Kirchheim/Teck

Diakoniepräsident Ulrich Lillie (im Bild vierte Person von links) besuchte am 10. Juni 2016 den Jugendmigrationsdienst im Fachdienst Jugend, Bildung, Migration der BruderhausDiakonie in Kirchheim/Teck. Zusammen mit dem Vorstandsvorsitzenden der BruderhausDiakonie, Pfarrer Lothar Bauer, der Geschäftsfeldleiterin Dr. Susanna

Schagerl, der Leiterin des Jugendmigrationsdienstes Ingrid Gunzenhauer und Fachkräften, besichtigte er bei einem »Social Walk« verschiedene Angebote in Kirchheim/Teck.

Vielfalt in der Flüchtlingsarbeit
Station machten sie auch in der Beratungsstelle für anerkannte Flüchtlinge

»chai« (www.bagejsa.de/handlungsfelder.de), die vor vier Jahren als eines der ersten Flüchtlingsprojekte in der BruderhausDiakonie ins Leben gerufen wurde. Das EU-finanzierte Projekt unterstützt Flüchtlinge beim Neuanfang nach dem Asylverfahren, zum einen mit Sozialberatung, zum anderen mit vielen Kleinprojekten, die im Lauf

der Jahre entstanden sind. Dazu gehört beispielsweise das offene Jobcafé JET (»Treffpunkt Einstieg Job«), in dem Mitarbeitende und Ehrenamtliche Hilfe in allen Fragen rund um den schulischen und beruflichen Einstieg anbieten, oder die – sehr öffentlichkeitswirksame – interkulturelle Band »Wüstenblumen« und der Catering-Service »Awafi«. Eine wei-

tere Station des Social Walk waren die Räumlichkeiten des Integrationskurses, den der Fachdienst in Kirchheim durchführt.

Der Diakoniepräsident zeigte sich sehr interessiert und nahm viele praktische Informationen und Anregungen für die politische Lobbyarbeit der Diakonie auf Bundesebene mit. ■ (lg)

Black Box Integrationspolitik

Im Gespräch mit Bundestagsabgeordneten zur aktuellen Situation in der Beratung bei den JMD

Dem Aufruf der BAG Freie Wohlfahrtspflege zum Aktionstag Migrationsberatung am 13. September folgten zahlreiche Mitarbeitende der Jugendmigrationsdienste (JMD) und ihre Träger. Zum Teil gemeinsam mit der Migrationsberatung für Erwachsene und den Migrationsfachdiensten anderer Träger luden sie Bundestagsabgeordnete in ihre Einrichtung ein oder besuchten diese in ihren Sprechstunden.

Warten auf Beratungstermine

Die aktuelle Situation in der Beratung junger Menschen mit Migrationshintergrund ist durch die hohe Zuwanderung von Flüchtlingen im letzten Jahr, aber auch durch die zunehmende Zuwanderung von EU-BürgerInnen angespannt. In vielen JMD müssen junge Menschen inzwischen zwei bis drei Monate auf einen Termin warten. Wenn es um die Einhaltung von Fristen geht, werden Beratungen auch schon per SMS oder Kurztelefonat abgewickelt. Die Fachkräfte erwarten von der Politik deshalb eine deutliche Aufstockung der Personalstellen, die Wohlfahrtsverbände forderten mindestens 10 Mio. zusätzlich für 2017. Tatsächlich werden nun nicht mehr Mittel zur Verfügung stehen als in den Jahren 2015 und 2016.

Den Bedarfen der jungen Menschen werden die JMD mit Kurzberatungen nicht gerecht – das wurde auch während der Jahrestagung der evangelischen Jugendmigrationsdienste deutlich, die im September in Kooperation mit der Diakonie Rheinland-Westfalen-Lippe in Mülheim an der Ruhr stattfand. Dort beschäftigten sich ca. 140 Fachkräfte u. a. mit ihrer Rolle bei der Extremismusprävention.

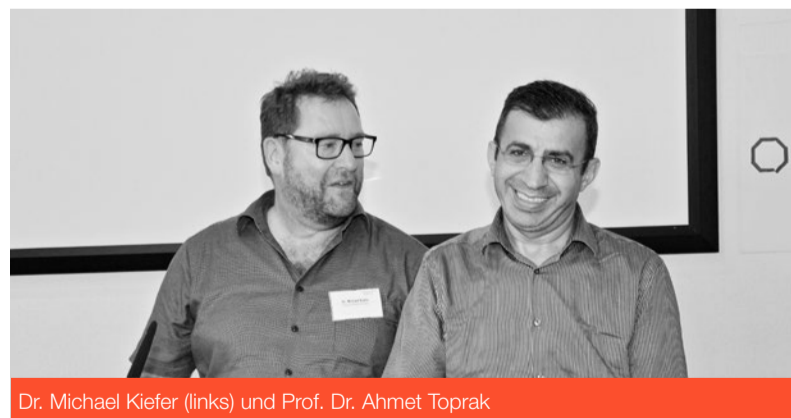
Wie am Fließband

In seinem Impuls zu Beginn bezeichnete Pfr. Ernst-Udo Metz, theologischer Vorstand Diakoniewerk Gelsenkirchen und Wattenscheid e.V., den JMD als eine wichtige Eingangstür zur Integra-

tion, die dann zur Erneuerung und Ergänzung einer ganzen Gesellschaft führen müsse: »Dafür braucht es langen Atem, und es ist wenig aussichtsreich, wenn schon am Anfang die Puste ausgeht oder das Geld.« Dafür brauche es auch mehr Mitarbeitende, »damit man nicht wie am Fließband abfertigen muss und nicht in die Verlegenheit kommt, schwierige Prioritäten zu setzen: Wem helfe ich zuerst und mit wem gehe ich längere Wege? Wen verweise ich oder mute ihm zu, weitgehend allein zurechtzukommen?«

Extremismusprävention

Fehlende Anerkennung, Diskriminierungserfahrungen und die zunehmende Islamfeindlichkeit wurden von ReferentInnen der Tagung als Push-Faktoren einer möglichen Radikalisierung benannt. Fachkräfte in den JMD können junge Menschen bei solchen Erfahrungen auffangen, ihnen Sicherheit, Stabilität und Anerkennung vermitteln. Dazu bedarf es aber einer intensiven



Dr. Michael Kiefer (links) und Prof. Dr. Ahmet Toprak

und kontinuierlichen Einzelfallbegleitung, die den Raum bietet, von Diskriminierungs- und Frustrationserfahrungen zu hören und Gegenstrategien zu entwickeln. Die Islamwissenschaftlerin Lamya Kaddor wies darauf hin, dass Dschihadisten auch deshalb so viele junge Menschen erreichen, weil sie die



v.l.n.r.: M. Lindemann, S. Schwartze, B. Bundszus-Cecere, E. Lazaridou (Moderatorin), S. Farrokhzad, M. Hoffmann

»bessere Jugendsozialarbeit« machen. Es kommt also darauf an, gute Gegenangebote zu entwickeln und nicht an den falschen Stellen zu sparen.

Dr. Michael Kiefer forderte eine gesamtgesellschaftliche »achtsame Sorge«, um Veränderungen, die sich bei betroffenen jungen Menschen voll-

Arbeitsweisen gibt – und eine funktionierende Steuerung. Prof. Dr. Ahmet Toprak referierte ergänzend über Indikatoren abweichenden Verhaltens und über Männlichkeitskonzepte sowie über die Möglichkeiten der konfrontativen Gesprächsführung bei der Extremismusprävention. Prof. Dr. Schahrazad Farrokhzad konstatierte in der Integrationsdebatte einen Rückfall in die 80er Jahre: Erneut wird Assimilation gefordert und die Bringschuld der eingewanderten Menschen betont. Die bekannten Integrationsversäumnisse könnten sich wiederholen.

Ausbau der JMD gefordert

Beim abschließenden Podiumsgespräch unterstrich auch Bettina Bundszus-Cecere, Leiterin der Abteilung Kinder und Jugend im BMFSFJ, die Bedeutung der JMD: »91.000 junge Menschen wären 2015 nicht begleitet worden, wenn es die Jugendmigrationsdienste nicht gäbe.« Manfred Hoffmann, Diakonie Rheinland-Westfalen-Lippe, forderte den bedarfsgerechten Ausbau der JMD und wollte genauer wissen, wo die Hürden dafür liegen. Die politischen Entscheidungsprozesse erschienen den PraktikerInnen oft wie eine Black Box. Zudem erzeugen die

vielen gesetzlichen Veränderungen einerseits, die immer neuen Projekte und Programme andererseits aktuell Beratungsunsicherheit – darauf wies Michael Lindemann, JMD Herford, hin.

Widersprüchlichkeit und Konflikte in der Integrationspolitik

Stefan Schwartze, jugendpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion, erklärte die Widersprüchlichkeit in der Integrationspolitik mit der gesellschaftlichen Spaltung, die auch bis in die Parteien hineinreicht. Der Konflikt zwischen denen, die mehr für die Integration tun möchten und denen, die befürchten, dass jede Investition in Integration einen Pull-Effekt haben könnte, scheint aktuell unüberwindbar zu sein. Schwartze selbst ergriff deutlich Partei für einen Ausbau der JMD: Der überraschende Flüchtlingsstrom im letzten Jahr habe dazu geführt, dass die Strukturen für die Flüchtlingsaufnahme und die notwendigen Verwaltungsabläufe verbessert wurden. Viele Länder hätten auch die Flüchtlingssozialberatung erheblich ausgebaut. Bund und Länder müssten jetzt aber auch für die »Folgestruktur« sorgen, die gewährleistet, dass die Integration junger Menschen wirklich gelingen kann. ■ (ha)

Lobbyismus ist gelebte Demokratie

Manchmal ist es schon ein Erfolg, eine Kürzung verhindert zu haben

Alle gesellschaftlichen Gruppen vertreten ihre Interessen, manchmal gewinnen die einen, manchmal die anderen. Die Interessen der Jugendmigrationsdienste (JMD) sind da nur ein Mosaiksteinchen in dem Haushalt des Familienministeriums. Wenn wir zum Beispiel im Bundestag mit der Haushaltsberichterstatteerin Ulrike Gottschalck einen Termin haben, dann war vor uns das Technische Hilfswerk da und nach uns kommen die VertreterInnen der Mehrgenerationenhäuser.

Am Aktionstag im September haben die JMD in zahlreichen Gesprächen mit »ihren« Abgeordneten vor Ort ihre Arbeit vorgestellt und auf die aktuelle Überlastungssituation hingewiesen. Der eindrucksvolle Pressespiegel belegt, wie sehr die Arbeit der JMD von der Politik geschätzt wird. Das Zahlenspiel des Familienministeriums im Haushaltsplan für 2017 hat es sogar in die Fernsehsendung von Anne Will geschafft und im Bayerischen Fernsehen ist ein längerer Abendschau-Beitrag dazu verfasst worden.

Zweierlei Blickwinkel

Abgeordnete können nicht immer das durchsetzen, für das sie sich einsetzen. Es gelten die Spielregeln der Demokratie. Einer schreibt uns zum Beispiel: »Doch auch meine Lage ist mitunter frustrierend. Unser Koalitionspartner handhabt diesen Themenbereich eher restriktiv – auch mit Blick auf die Finanzierung. Wenn es uns also in zähen Nachverhandlungen gelingt, eine Kürzung von acht Mio. Euro zurücknehmen zu lassen, kann man das aus zweierlei Blickwinkeln betrachten. Aus dem Ih-

ren, der besagt, das reicht bei weitem nicht aus, oder aus meinem: Ich halte das für einen Erfolg. Denn manchmal ist es schon ein Erfolg, eine Kürzung verhindert zu haben.«

Es ist also nicht verwunderlich, dass es aus Sicht von Ulrike Gottschalck schon ein Erfolg ist, wenn die Mittel für 2017 »verstetigt« wurden. In ihrer Pressemeldung wird deshalb auch vermeldet, dass die Mittel für die JMD nun »wie schon im Vorjahr« mit zusätzlichen acht Mio. Euro unterstützt werden. Aber leider ist das aus Sicht der JMD keine Erhöhung: Nur durch die Haushaltslogik wurden zum dritten Mal acht Mio. Euro mehr für die Integration junger Migrantinnen und Migranten in den Haushalt eingestellt, ohne dass der Haushaltstitel dafür erhöht werden musste!

Unverständliches Zahlenspiel

Das Problem liegt in der Jährlichkeit des Haushaltes. Die im Nachtragshaushalt 2015 um acht Mio. Euro erhöhten Mittel im Haushaltsentwurf 2016 wurden wieder auf dem ursprünglichen Niveau von 42 Mio. Euro eingestellt. Aufgrund von Gesprächen mit den HaushaltsberichterstatteInnen und weiteren MdB im Vorfeld, konnte erreicht werden, dass diese Mittel dann auch für 2016 zum zweiten Mal zur Verfügung gestellt wurden. Diese Vorgehensweise wurde auch für den Haushalt 2017 angewendet. Die ursprünglichen 42 Mio. Euro wurden wieder eingestellt. In den Haushaltsverhandlungen wurde dann wieder um acht Mio. Euro auf 50 Mio. Euro aufgestockt. Aus Sicht der JMD ist dieses Zahlenspiel unverständlich. Der gestie-

gene Bedarf erfordert eine tatsächliche rechnerische Erhöhung der Mittel.

Stellenstreichungen unvermeidbar

Zum dritten Mal in Folge müssen die JMD also mit dem gleichen Mittelvolumen von 50 Mio. Euro zurechtkom-

merlich machen. Lange halten die JMD-Träger diese Durststrecke nicht mehr aus. Schon in 2017 werden deshalb Stellenstreichungen notwendig.

Nur durch diese Power der Aktivitäten vor Ort in den Wahlkreisen und in den Medien hatten wir den Rückhalt für



U. Gottschalck (Haushaltsberichterstatteerin der SPD) u. W. Weissgärber (BAG EJSA)

men! Und dies angesichts gestiegener Zuzugszahlen, angesichts gestiegener gewalttätiger Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte, angesichts gestiegener Teilnehmerzahlen in Sprachkursen und angesichts der unermesslichen Flut an neuen Regelungen im Asylrecht, die eine intensive Beratungsarbeit erfor-

der Lobbygespräche in Berlin. Da passt es gut, dass gerade im Wahljahr 2017 wieder viele Abgeordnete gerne die Gesprächsangebote der JMD vor Ort nutzen werden. Denn selbstverständlich werden wir die Lobbyaktivitäten auch in 2017 fortsetzen. Eine echte Mittelerhöhung ist dringend notwendig! ■ (ww)

Mitten unter uns!

Rassismus und Islamfeindlichkeit bei einer Fachtagung

Wir möchten Sie bitten, während der Veranstaltung keine Fotos zu machen und in öffentlichen Medien nicht darüber zu berichten. – Die Tagung zum Thema Rassismus hatte eben erst begonnen, als der Veranstalter mit dieser Aussage ans Rednerpult trat. Ich war verwundert über diese ungewöhnliche Ansage. Kurze Zeit später erfuhren alle 40 Fachkräfte und Ehrenamtliche aus der Migrations- und Flüchtlingsarbeit den Grund: »Unter uns befindet sich eine Person, die für den islamfeindlichen Blog ‚politically incorrect‘ schreibt. Sie hat bereits über einen hier anwesenden Referenten in diffamierender Weise geschrieben. Diese Person ist nicht bereit gewesen, die Tagung zu verlassen. Sie hat sich nach unserer Aufforderung schriftlich verpflichtet, nichts über diese Tagung in öffentlichen Medien zu berichten.«

Die eigene Verunsicherung

Im Handumdrehen hatte sich der geschützte Raum, in dem Diskriminierungserfahrungen, aber auch der eigene latente Rassismus offen reflektiert werden sollten, in einen öffentlichen Raum verwandelt. Rassismus und Islamfeindlichkeit sind in der Mitte der Gesellschaft angekommen, in diesem Fall mitten unter uns bei einer evangelischen Tagung. Nun wurde deutlich, wie die Anwesenheit einer einzigen Person, die im Plenum nicht geoutet wurde, die

Arbeitsatmosphäre spürbar veränderte. »Wir dürfen uns nicht verunsichern lassen«, war die Reaktion einer Teilnehmerin nach einer Weile des betroffenen Schweigens. Am meisten beschäftigte mich meine eigene Verunsicherung die



mir bewusst wurde. Sie hat verschiedene Gründe und Ebenen:

- Zu welchen Formen der Auseinandersetzung bin ich fähig, wenn ich mit Menschen zu tun habe, die ein mir völlig fremdes Gedankengut haben? Wie würde ich mich fühlen, wenn über meine Werte und Einstellungen in verhetzender Weise berichtet würde?
- Eine junge Frau mit Migrationshintergrund, die sich als neue Deutsche bezeichnen würde, hatte danach ihr Namensschild abgenommen. Was

zeigt mir diese verständliche Schutzreaktion über den Zustand unserer Gesellschaft? Welche konkreten Schritte kann ich dagegen tun?

- Warum scheue ich mich, mir im Internet diese Seite gründlich anzu-

gen und Nächten nach der Veranstaltung wurde mir klar, welche Schritte ich gehen möchte. Ich habe mir vorgenommen,

- in anonymisierter Form über diese Tagung berichten und mich mit KollegInnen darüber austauschen, um im Notfall überlegt und sicher handeln zu können,
- mich für das Thema »Demokratie lernen (be)trifft Jugendsozialarbeit« einsetzen (z. B. mit einer ersten Gesprächsrunde beim Deutschen Jugendhilfetag im März 2017) und
- ganz persönlich an meiner Vogel-Strauß-Haltung arbeiten und für meine Überzeugungen für eine offene Gesellschaft eintreten.

Verantwortung übernehmen

Einige Tage später erhalte ich eine Whatsapp-Nachricht, dass in Briefkästen Auszüge aus dem Koran verteilt werden, die eine hochgiftige Substanz enthalten und zu Atemwegsbeschwerden führen. Dies ist die erste islamfeindliche Fake-Nachricht, die mich erreicht. Einige Wochen später ist Trump Präsident der USA und verhängt einen Einreisestopp für Muslime.

Das Thema Islamfeindlichkeit ist ganz oben auf der Tagesordnung und als evangelische Organisation sind wir in der Verantwortung, auf allen Ebenen für eine offene Gesellschaft mit Religionsfreiheit einzustehen. ■ (jj)

Projekt »Flüchtlingskinder in Deutschland«

Aufgabe und Ziel des Projektes »Flüchtlingskinder in Deutschland – Zugänge ermöglichen und sichern« der Diakonie Deutschland war die gemeinsame Erstellung einer Handreichung zur Arbeit mit geflüchteten Kindern im gesamten Angebotspektrum diakonischer Einrichtungen. Beteiligt waren neben dem Bundesverband der Diakonie vier evangelische Fachverbände aus der Kinder- und Jugendhilfe bzw. Jugendsozialarbeit: Die Bundesvereinigung Evangelischer Tageseinrichtungen für Kinder (BETA), die Evangelische Jugendsozialarbeit (EJSA), die Evangelische Konferenz für Familien- und Lebensberatung (EKFuL) sowie der Evangelische Erziehungsverband (EREV). Walter Weissgärber (BAG EJSA) und Burkhardt Wagner (ejsa Bayern) arbeiteten in dem von Sommer 2015 bis zum Jahresende 2016 durchgeführten Projekt als Vertreter der Jugendsozialarbeit mit.

Blick auf die Familien

Je tiefer die Projektgruppe in die Materie einstieg, desto mehr verlagerte sich der Blick von den geflüchteten Kindern auch auf die Bedarfslagen der Familien insgesamt. Außerdem konnte die besondere Situation der Jugendlichen und jungen Erwachsenen – ob nun begleitet oder unbegleitet – nicht außen vor gelassen werden.

Die Handreichung widmet sich im ersten Kapitel den Grundlagen und Haltungsfragen in der Arbeit mit jungen Geflüchteten. Das zweite Kapitel geht auf die Praxisfelder, ihre konzeptionellen Ansätze und Praxisbeispiele ein. Ein Kapitel mit Hinweisen zu migrationsbezogener Organisations- und Qualitätsentwicklung rundet die Handreichung ab.

Auf Vorhandenes aufbauen

In der Gesamtschau wird das breite Angebotspektrum diakonischer Einrichtungen deutlich, das in mindestens fünf thematische Gruppen gegliedert werden kann: Dazu gehören die Regelangebote, die Hilfen zur Erziehung, die migrations-spezifischen Angebote, andere Beratungsangebote, Angebote im Sozialraum und quer über alle Arbeitsfelder die Projekte mit Freiwilligenbezug.

Alles was notwendig ist, um Geflüchteten zu helfen, ist also bereits vorhanden, leider allerdings nicht in ausreichendem Umfang und nicht flächendeckend. Aber die vielen Beispiele und Konzepte aus dem evangelischen Bereich machen Mut.

Bekenntnis Diakonie zu Vielfalt und Integration

Ein weiteres Ergebnis der Projektarbeit sind erste Entwürfe einer Positionierung zur Arbeit mit Geflüchteten in diakonischen Einrichtungen. Vorgeschlagen wird eine Gliederung in vier Bereiche. Diese nehmen Bezug auf die Notwendigkeit zur Teilhabe, die unantastbare Menschenwürde, die universellen Menschenrechte und das Recht auf Bildung. Mit diesen Positionen bekennt sich die Diakonie Deutschland zu Vielfalt und Integration und setzt damit einen ergebnisoffenen Diskurs fort. ■ (ww)

JMD-Arbeit 2016 in Zahlen

450 Jugendmigrationsdienste mit rund **900** hauptamtlichen Fachkräften – unterstützt pro JMD durch **10** Ehrenamtliche – begleiteten im Jahr 2016 **110 000** junge Menschen mit Migrationshintergrund. Diese jungen Menschen kommen aus **179** Staaten und sprechen **115** Herkunftssprachen. Die Jugendmigrationsdienste arbeiteten mit **28 000** Kooperationspartnern zusammen, leisteten **29 000** Stunden Elternberatung und boten **190 000** Stunden Gruppenangebote an. Im Vergleich zum Vorjahr fanden **20 %** mehr Beratung und Case-Management statt. ■ (er)



Nach 348 Präsentationen

Frisches Gewand für »anders? – cool!«

Die Wanderausstellung »anders? – cool!«, ein Angebot für die Jugendmigrationsdienste zur Netzwerk- und Öffentlichkeitsarbeit, wurde in den letzten Jahren hunderte Male vom Servicebüro Jugendmigrationsdienste ausgeliehen. Im Dezember 2016 fand die 348. Präsentation statt. Jetzt wird die Ausstellung für ein Jahr ausgesetzt, intensiv überarbeitet und ab 2018 in frischem Gewand und mit neuen Inhalten präsentiert. Für Rückfragen und Interesse zur zukünftigen Ausleihe: anders-cool@jugendmigrationsdienste.de ■ (he)

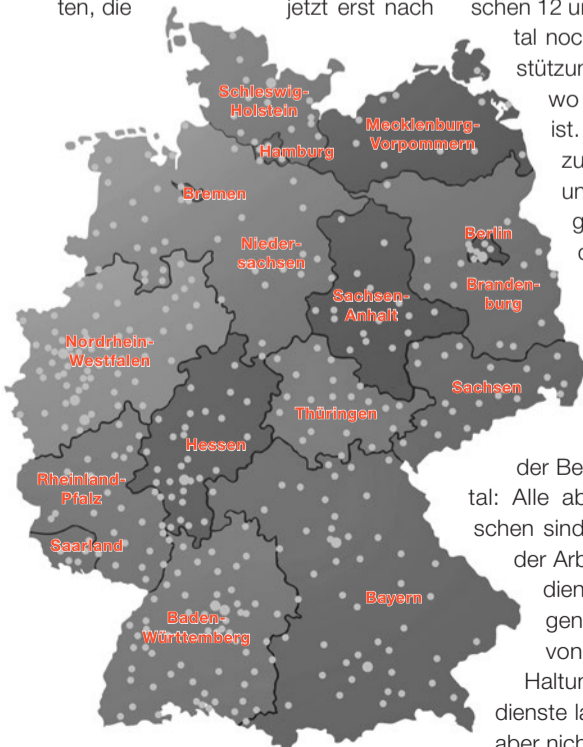
Mit wenigen Klicks zu finden

Überarbeitetes JMD-Portal präsentiert Infos und Erfolgsgeschichten

Ahmad aus Afghanistan hat seine Tour durch den deutschen Behördenschlingel mit Unterstützung der Jugendmigrationsdienste weitgehend gut gemeistert. Seinen Bekannten, die jetzt erst nach

Deutschland zuwandern, legt der 24-Jährige die Mitte 2016 überarbeitete Website www.jugendmigrationsdienste.de ans Herz. Mit wenigen Klicks finden junge Menschen zwischen 12 und 27 Jahren auf dem Portal noch schneller, welche Unterstützung sie nutzen können und wo und wie diese zu finden ist. Vor allem die mobile Nutzung des Portals via Handy und Tablet erleichtert den Jugendlichen den Zugang und die Bedienung.

Sowohl Fachinformationen als auch Einblicke in die Praxis prägen die Seite, auf der auch Ahmad portraitiert wurde. Das ist eine der Besonderheiten an dem Portal: Alle abgebildeten jungen Menschen sind »echte« Jugendliche aus der Arbeit der Jugendmigrationsdienste. Es steht immer ein Jugendlicher im Fokus, umringt von Gleichaltrigen. Denn die Haltung der Jugendmigrationsdienste lautet »Du bist einzigartig – aber nicht allein!« ■ (ac)



Teilhabe, so früh wie möglich

jmd2start – Begleitung für junge Geflüchtete im JMD

Viel war los bei den Jugendmigrationsdiensten 2016! Kann ich meine Familie nach Deutschland holen? Warum darf ich keinen Integrationskurs besuchen? Mein Zeugnis ist in Syrien – wie kann ich meinen Abschluss anerkennen lassen? Die jungen Menschen bringen komplexe, oft sozialrechtliche Fragen mit in die Jugendmigrationsdienste (JMD) – und das zahlreich: Bereits zur Jahreshälfte hatten etliche BeraterInnen so viele Anfragen wie zuvor im ganzen Jahr 2015.

An 24 Standorten: Nah an dem, was junge Geflüchtete brauchen

Das Modellprojekt jmd2start blickt genau auf die Bedarfe der geflüchteten Menschen und erprobt trägerübergreifend an 24 Standorten (vgl. www.jmd2start.de/standorte) passende Angebote. Ob die jungen Menschen Zugang zu Sprache, Bildung oder Arbeit haben, geben Aufenthaltstitel und vermutete Bleibeperspektive vor. Gerade wenn die Teilhabe begrenzt ist, sind die Fachkräfte im JMD in ihrer Netzwerkarbeit, ihrem guten Draht zu Ämtern und mit ihrer Beharrlichkeit gefragt.

Vielfältige Herangehensweisen

Die Begleitung der jungen Geflüchteten erfordert fundierte Kenntnisse in rechtlichen Fragen, NetzwerkpartnerInnen, Ideen und Flexibilität von den Fachkräften in den Standorten des Modellprojektes.

Was tun, wenn ein junger Mann einen Ausbildungsplatz gefunden hat, die Ausbildungsförderung aber nicht möglich ist? Der JMD Lübeck beispielsweise profitiert in solchen Situationen von seiner lange gewachsenen, kommunalen Gremienarbeit. In den monat-

lichen Sitzungen werden Lösungen für knifflige Fälle gesucht – mit Jobcenter, Stabsstelle Migration und Sozialamt an einem Tisch.

Leichte Sprache und SprachmittlerInnen sind für die Beratungen unerlässlich. Nicht jeder junge Mensch, vor allem wenn die Schulzeit kurz war, findet sich schnell in die deutsche Sprache ein. Ist der Aufenthalt unsicher, die

sam mit anderen ihr Leben aktiv zu gestalten. Der JMD Lahr entwickelte ein Gruppenangebot für alle jungen Menschen vor Ort. Unter dem Motto »Together as One« trafen sich 140 Jugendliche in verschiedenen Projekten: Einige gründeten eine Band, andere erarbeiteten Tanzchoreographien, gestalteten Wandgemälde oder programmierten eine Geocache-Rallye durch Lahr.



Familie im Herkunftsland in Not, die Erwartungen an das Leben in Deutschland hoch und die Wohnsituation seit Monaten angespannt, fällt die Konzentration mitunter schwer. Psychosoziale Angebote, zum Beispiel niedrigschwellige Gesprächsrunden und eine enge Zusammenarbeit mit psychologischen Beratungsstellen sind daher ein wichtiger Bestandteil. So ist zum Beispiel der JMD Regensburg seit mehreren Monaten im kommunalen Netzwerk »Psychische Gesundheit und Flüchtlinge« aktiv.

»Ich will andere Jugendliche kennenlernen!« – Viele junge geflüchtete Menschen wünschen sich, gemein-

Nach einem Jahr: Modellprojekt bietet reichen Erfahrungsschatz

Nach einem Jahr jmd2start bieten die zahlreichen unterschiedlichen Gruppenangebote, Beratungsschwerpunkte und neuen Netzwerkpartner einen reichen Erfahrungsschatz. Bei zwei Tagungen im Frühjahr und Herbst 2016 erarbeiteten die 60 MitarbeiterInnen des Modellprojektes anhand von Fallbeispielen und erprobten Kursreihen Handlungsempfehlungen für die JMD-Arbeit. Bei der Abschlussveranstaltung im September 2017 in Berlin werden die Ergebnisse von jmd2start bundesweit vorgestellt. ■ (zä)

Neue Chancen durch neue Medien

Online-Beratung als ergänzendes Angebot der JMD

Im Projekt jmd4you (www.jmd4you.de) werden junge Menschen aus den Ländern Türkei und Russische Föderation, die nach Deutschland migrieren werden, und deren in Deutschland lebende PartnerInnen durch Online-Beratungs- und Informationsangebote auf ihren künftigen Integrationsprozess vorbereitet. Dies geschieht in Kooperation mit dem Goethe Institut, dem Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB), der Technischen Hochschule Köln und dem YES Forum.

Im Interview mit der Online-Beraterin Nadezhda Krainenko (Diplom-Sozialpädagogin bei IN VIA München e.V., seit 2016 Online-Beraterin beim Online-Beratungsportal der JMD) wird deutlich, warum Online-Beratung als Ergänzung zum Angebot der Jugendmigrationsdienste sinnvoll ist und wo die Chancen und Grenzen dieses Angebotes liegen.

Frau Krainenko, ist Online-Beratung für die JMD-Arbeit sinnvoll?

Ich finde, dass Online-Beratung ein ergänzendes Angebot des Jugendmigrationsdienstes ist. Und wie die Praxis zeigt, wird es auch von Jugendlichen im In- und Ausland in Anspruch genommen. Sinnvoll ist, dass es eine Möglichkeit bietet, den jungen Menschen durch neue Medien den Zugang zu Beratungsstellen zu ermöglichen, um not-



wendige Informationen für das eigene Vorankommen im Integrationsprozess zu gewinnen.

Welche besonderen Anforderungen werden an Online-Berater gestellt?

Als besondere Anforderung empfinde ich die Andersartigkeit im Kontakt mit den Ratsuchenden. Vor allem auf die schnellere Herangehensweise der Ratsuchenden im Beratungsprozess musste ich mich einstellen. Eine weitere Anforderung ist die Fähigkeit, das Problem und Anliegen des Ratsuchenden relativ schnell einschätzen und einordnen zu können und dann angemessen darauf zu reagieren. Das ist in der Face-to-face-Beratung anders.

Gibt es auch Grenzen, an die Sie mit der Online-Beratung stoßen?

Ja, die gibt es. Im Vergleich zur klassischen Beratung, wo ich direkt Rückfragen stellen kann und dann im Kontext individuell berate, muss ich in der Online-Beratung oft zuerst allgemeine Informationen geben. Erst danach kann ich den Ratsuchenden über die individuelle Situation befragen. Während der Online-Beratung ist mir schon mehrmals der Gedanke gekommen, dass ich telefonisch im Vorfeld bestimmte Fragen hätte abklären können. Ratsuchende denken häufig, dass sie nur »eine einfache Frage« haben, die direkt zu beantworten ist. Als Jugendmigrationsdienstberaterin sehe ich die Vielfalt der Migration und den Aspekt, bestimmte Fragen hinsichtlich der individuellen Situation im Vorfeld abzuklären, um die Anfragen der Ratsuchenden zu beantworten. Ich akzeptiere, dass der junge Mensch sich aus einem bestimmten Grund für diese Form der Beratung entschieden hat, auch wenn ich jetzt für diese Art der Informationsweitergabe mehr Zeit brauche.

Wird die Face-to-face-Beratung künftig die Online-Beratung ersetzen?

Das glaube ich nicht! Es gibt viele Menschen, die einen persönlichen Kontakt wünschen. Ich glaube aber, dass künf-

Bedeutung der Zusammenarbeit mit der Türkei

Erfahrungen aus Fachausschuss und Fachkräfteaustauschen

Die BAG EJSA engagiert sich seit einigen Jahren im deutsch-türkischen Jugendaustausch. Michael Fährdrich wurde 2015 erneut in den Fachausschuss berufen, der sich jährlich zum Austausch über die jugendpolitischen Entwicklungen der Länder trifft und dabei auch Vereinbarungen für die Umsetzung konkreter Programme im folgenden Jahr trifft. Claudia Seibold setzt seit 2013 die verabredeten Fachkräfteaustausch-Programme um.

Langjährig Beziehungen

Die Zusammenarbeit mit der Türkei beruht auf der 1994 zwischen dem Bundesministerium für Frauen und Jugend der Bundesrepublik Deutschland (heute: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend) und dem Generaldirektorat für Jugend und Sport beim Ministerpräsidenten der Republik Türkei (jetzt Ministerium für Jugend und Sport) geschlossenen Ressortvereinbarung über jugendpolitische Zusammenarbeit.

Die BAG EJSA kann somit auf langjährig gewachsene Beziehungen aufbauen. Vertrauen in der Zusammenarbeit ist entstanden, da die verantwortlichen Personen seit einigen Jahren sehr konstant dieselben sind. Die Zusammenarbeit ist geprägt von großer Offenheit und Bereitschaft zum Gespräch. Dies gilt sowohl für die formale Gremienarbeit als auch für die Arbeit in den Fachkräfteaustauschen.

Neugier, Interesse und Offenheit

Die Fachkräfte aus Deutschland und der Türkei haben sehr großes Interesse an einer Zusammenarbeit. Die Begegnungen sind gekennzeichnet von Neugier, Interesse und Offenheit. Über die



Teilnehmende des Fachkräfteaustauschs im Oktober beim Besuch der Bayernkaserne (Erstaufnahmeeinrichtung)

Jahre ist ein großer Mehrwert festzustellen – für die Fachkräfte im konkreten Austausch und für deren Einrichtungen. Das Eintauchen in ein anderes System, das Hinterfragen der Arbeit anderer und auch das Reden und Antworten stehen zur eigenen Arbeit, führt zu einer Reflexionstiefe, die mit den vertrauten Kolleginnen und Kollegen vor Ort so nicht erreicht werden kann. Im internationalen Austausch gibt es keine »Selbstverständlichkeiten«. Auch vermeintlich Nicht hinterfragbares wird hinterfragt, muss durchdacht und erklärt werden. Unsere Fachkräfte versprechen sich gerade im Austausch mit türkischen Fachkräften einen Erkenntnisgewinn für die Arbeit mit den jungen Menschen, deren Eltern oder Großeltern aus der Türkei stammen.

Schon innerhalb einer Woche kann ein Prozess der Annäherung bei allen Beteiligten beobachtet werden: Eine vorsichtige Skepsis, auch Vorurteile oder »Informationen« bestimmen die Anfangssituation. Dem folgen vorsichtige Fragen. So nach und nach wird auch leise Kritik laut und die jeweils an-

deren gehen in eine »Verteidigungshaltung«, aber schon bald weicht diese wieder. Annäherung heißt aber nicht, dass alle Unterschiede verschwinden. Es bleiben Vorgänge auf beiden Seiten unverständlich und alle lernen, dieses wahrzunehmen und das jeweils andere zu respektieren.

Wie sieht es heute aus?

Und wie ist das jetzt in diesen Zeiten? Ist in Zeiten weltweiten Terrors internationale Arbeit überhaupt noch möglich? Noch nie haben so viele terroristische Anschläge in der Türkei in einem Jahr stattgefunden wie 2016. Ist es dann leichtsinnig oder sogar unverantwortlich, weiterhin in die Türkei zu fliegen? Und welche Auswirkungen und Konsequenzen haben die politischen Veränderungen in der Türkei? Treffen die Fachkräfte jetzt nur noch auf ausgewählte besonders »linientreue« Parteifreunde des Präsidenten?

Unsere Erfahrungen in 2016 waren: Wir konnten eine Reise in die Türkei nicht durchführen, weil das Auswärtige Amt vor Reisen in diese Region ge-

warnt hatte. Aber der Fachausschuss konnte stattfinden und auch der erste Teil des Austauschprogramms »Junge Flüchtlinge – Zugang zu Bildung und Teilhabe gestalten«. Bei beiden Treffen konnten wir die Erfahrung machen, dass gerade jetzt die Zusammenarbeit besonders wertvoll ist. Die Fachkräfte in der Türkei wollen nicht isoliert werden, sie brauchen weiterhin die Zusammenarbeit mit anderen. Sie suchen nach Möglichkeiten, die soziale Situation, die Jugendarbeit und die Bildung in ihrem Land weiterzuentwickeln und zu verbessern.

In schwierigen Zeiten: Kommunikation nicht abreißen lassen

Und so zeigt sich, dass das Interesse an einer deutsch-türkischen Zusammenarbeit nicht abnimmt, sondern eher noch von größerer Bedeutung ist. Gerade auch in schwierigen Zeiten, ist es umso wichtiger, den Kontakt zu halten und die Kommunikation nicht abreißen zu lassen. Aber es ist auch ganz klar, vermeidbare Risiken sollen und müssen vermieden werden. ■ (sei, fä)

How to build Europe

Für ein demokratisches gemeinschaftliches Europa!

tig immer mehr Menschen eine Online-Beratung in Anspruch nehmen werden, da nicht an jedem Ort ein Jugendmigrationsdienst vorhanden ist. Auch für die Jugendlichen aus dem Ausland, die sich für die Einreise nach Deutschland vorbereiten, ist es eine Chance, sich durch qualifizierte und erfahrene Fachkräfte vorab beraten zu lassen.

Dies ermöglicht den Jugendlichen, die Arbeit der Jugendmigrationsdienste schon im Herkunftsland kennen zu lernen und sie nach der Einreise gezielt aufzusuchen.

Haben Sie Empfehlungen für die zukünftigen Online-BeraterInnen?

Haben Sie schon einmal Menschen mit verbundenen Augen beraten? Online-Beratung ist eine Form der Beratung, bei welcher der Online-Berater und der Ratsuchende nur schriftlich kommunizieren. Jeder, der uns aufsucht, braucht unseren Rat. Schriftliche Sprache hat genauso viele Hemmschwellen, wie das gesprochene Wort.

Unsere Aufgabe besteht nicht nur im Informationstransfer, sondern auch darin, Hemmschwellen abzubauen und das Vertrauen des Ratsuchenden zu gewinnen und zu stärken. Dies gelingt uns vor allem durch Wertschätzung, eine strukturierte Vorgehensweise und persönliches Engagement. ■ (ül)

Am 17.11.2016 trafen sich VertreterInnen verschiedener Akteure im europäischen Jugendsektor bei der Europaberatung Berlin, um einen offenen Dialog über die aktuelle Lage und die Zukunft der EU und Europas zu führen. VertreterInnen der Berliner Senatsverwaltung für Bildung und Jugend, der BAG EJSA, von bond of union, der Jugendfeuerwehr Brandenburg, der STEREMAT AFS GMBH, der DanceArt-Performance, dem Verein für Internationale Jugendarbeit Bundesverein und die EuropaBeratung Berlin nahmen teil.

Miteinander reden

Im Laufe der intensiven und grundlegenden Diskussion wurde klar, dass ein schwerwiegendes Kommunikationsproblem zwischen den verschiedenen Parteien in der Europäischen Gemeinschaft besteht: Es gibt keine offene und inklusive Kommunikation. Daher kommen viele Ideen und Lösungsvorschläge gar nicht erst zur Sprache und können dann auch nicht weiter verfolgt werden.

Will man diese dringend notwendige Kommunikation in Gang setzen und aufrecht erhalten, sollten ihr die Werte von Demokratie und Freiheit zugrunde liegen. Ziel soll sein, ein gemeinsames Wertekonzept zu erstellen und somit eine gemeinsame, leicht zugäng-



liche Europäische Identität zu schaffen. Ein wesentlicher und definitiv notwendiger Baustein dafür ist der Aufbau einer guten gemeinsam gestalteten und verantworteten politischen Bildung, die niedrigschwellig medial zugänglich ist.

Die mediale Verbreitung und Bewerbung der Europäischen Idee rückte im Lauf der Diskussion in den Vordergrund. Ein effektives und gut durchdachtes Marketing ist unabdingbar, um eine gesamteuropäische Identifikationsbildung zu fördern.

Verschiedene Kanäle nutzen

Ein gemeinsam geführter Blog als Startprojekt wurde angedacht. Das Internet könnte dabei als Werkzeug der effektiven Kommunikation dienen, indem die verschiedenen Social Media-

Plattformen genutzt werden. Darüber hinaus könnten auch Veranstaltungen, Projekte und kleinere Aktionen verschiedenster Art durchgeführt werden.

Weiterarbeit verabredet

Vorerst kam es noch zu keiner eindeutigen Projektidee, es wurden jedoch Beispiele in Form eines »Wunschzettels« an die Europäische Union und ein theaterpädagogisches Projekt mit Bezügen zu inklusiven Themen besprochen und festgehalten. Vereinbart wurde eine künftig regelmäßige Zusammenarbeit, um sich für ein friedliches, freies, demokratisches und gerechtes, aber vor allem gemeinschaftliches Europa einzusetzen, welches allen am Herzen liegt. ■ (ste, überarbeiteter Text von Louis Goldstein, EuropaBeratung Berlin)

Schulabsentismus: Von Europa lernen

Austausch zu Herangehensweisen und Perspektiven

Dem Phänomen »Schulabsentismus« angemessen zu begegnen, ist Ziel vieler Bemühungen verschiedener Disziplinen (SozialpädagogInnen, Lehrkräfte, SchulpsychologInnen etc.) und Professionen (Pädagogik, Psychologie, Medizin).

Bei der Tagung »Schulabsentismus als europaweite Herausforderung: Herangehensweisen und Perspektiven« im Juni 2016 in Frankfurt am Main stellten ExpertInnen aus Österreich, der Schweiz, den Niederlanden und Schweden die Konzepte und auch politischen Strategien ihrer Länder vor.

Vergleichsstudien und Praxis

Zur Einführung präsentierte Christine Sälzer vom Zentrum für internationale Vergleichsstudien (PISA und andere) einen Überblick über die Situation in Europa. So kann überraschender Weise kein Zusammenhang zwischen einer geringen Quote an Schulschwänzen und dem Abschneiden bei Vergleichsstudien festgestellt werden.

Niklas Gideon stellte das Konzept der freien demokratischen Schule »Kapriole« in Freiburg vor. Diese geht mit ihrem Konzept ganz von den Bedürfnissen und Interessen junger Menschen aus und schafft somit Raum zur Entfaltung. Schulabsentismus ist dort kein Thema.



Niklas Gideon

Tagungsreihe mit Tradition

Die Begleitung junger Menschen, deren erfolgreicher Schulabschluss gefährdet ist, verstehen wir als originäre Aufgabe der Jugendsozialarbeit. Deshalb beschäftigt sich der Kooperationsverbund Jugendsozialarbeit kontinuierlich mit diesem Thema. Im Rahmen des Kooperationsverbundes Jugendsozialarbeit hatte daher in den vergangenen Jahren eine Reihe von Fachtagungen zum Thema Schulverweigerung/Schulabsentismus stattgefunden. Die Tagungen fanden jeweils sehr großen Zuspruch und meistens konnten nicht alle Interessierten an den Tagungen teilnehmen.

Von allen Tagungen wurden Dokumentationen erstellt, die nun alle in chronologischer Reihenfolge gemeinsam auf der Website des Kooperationsverbundes veröffentlicht sind (www.jugendsozialarbeit.de/schulverweigerung_begegnen).

Im Jahr 2017 wird die nächste Tagung in dieser Reihe vom 18. bis 19. Mai in Erfurt stattfinden. Im Mittelpunkt wird dieses Mal die Reflexion über gelingende Ansätze in der Jugendsozialarbeit bei der Abwendung und Verringerung von Schulabsentismus stehen. ■ (sei)

Bereichernd**Zehn Jahre erfolgreiche
Ausbildungskooperation**

Die BAG EJSA hat nach dem erfolgreichen Abschluss der letzten Studierenden mit ihrem Bachelor of Arts im Arbeitsfeld Bildung und Beruf 2016 die Ausbildungskooperation mit der Dualen Hochschule Baden-Württemberg nach 10 Jahren aus Kostengründen ausgesetzt.

Michael Fähndrich und Hans Steimle hatten 2006 ihren Kontakt zum Studienleiter für das Arbeitsfeld Bildung und Beruf, Prof. Matthias Brungs, in Villingen-Schwenningen genutzt und eine Ausbildungskooperation vereinbart. Das Ziel war, jungen oder erfahrenen Erwachsenen ein Studium zu ermöglichen und für die Praxis der Jugendsozialarbeit auszubilden. In den letzten zehn Jahren hat die BAG EJSA zusammen mit den Praxisstellen acht Studierende erfolgreich auf die soziale Arbeit im Bereich Jugendsozialarbeit vorbereitet.

Theorie- und Praxis kombiniert

Die BAG EJSA als Fachverband und Zentralstelle konnte die praxisnahen Inhalte nicht anbieten, sodass Kooperationen mit JMD aus Baden-Württemberg gebildet wurden. Die Träger waren die Kreisdiakoniewerke Heilbronn und Schorndorf, das Diakonische Werk Breisgau-Hochschwarzwald, das Diakonische Werk im Evangelischen Kirchenbezirk Ortenau, das CJD Bodensee-Oberschwaben und die BruderhausDiakonie in Reutlingen, Nürtingen und Kirchheim/Teck. Gemeinsam wurden die Studierenden angeleitet und begleitet.

Gewinn und Erkenntnisse

Der intensive Austausch mit den Studierenden im Kontakt mit den Praxisstellen hat die Arbeit der BAG EJSA sehr bereichert.

Für die Zukunft kann die BAG EJSA als Fachverband aus der Ausbildungskooperation folgende Erkenntnisse mitnehmen:

1. Um dem Fachkräftemangel zu begegnen, helfen Kooperationen mit Hochschulen, das Arbeitsfeld Jugendsozialarbeit bekannter zu machen.
2. Der wissenschaftliche Austausch mit den Lehrkräften der Hochschule und die Begleitung der Studienarbeiten bieten die Möglichkeit der theoretischen Reflexion des Tuns und Wirkens im Fachverband. Es frischt die Grundlagen auf und ermöglicht, neue oder bisher nicht bekannte Theorien kennenzulernen.
3. Die gewonnenen Erfahrungen zum erforderlichen methodischen und didaktischen Know-how als Ausbildungsstätte könnten für andere Träger hilfreich sein. Anleitende und deren Studierende könnten gemeinsam die Standards und Anforderungen unseres Arbeitsfeldes weiterentwickeln.

Die vergangenen zehn Jahre waren intensiv und bereichernd. Die BAG EJSA dankt allen Studierenden für ihr Engagement und allen Kooperationseinrichtungen für ihren Einsatz, sich auf die Ausbildungskooperation einzulassen. ■ (lg)

Viel Neues bei den Integrationsprojekten

Neue Zielgruppe, verbesserte Förderbedingungen, Begleitung aus einer Hand

Die verstärkte Zuwanderung der letzten beiden Jahre hat auch zu einer Öffnung der Integrationsprojekte und damit zu einer Bereicherung der Projektlandschaft geführt. Wohlfahrtseinrichtungen und Kommunen können sich nun auch der Zielgruppe der Geflüchteten mit guter Bleibeperspektive widmen. Damit sind das BAMF bzw. das BMFSFJ und das BMI als Zuwendungsgeber der Forderung nach Öffnung der Zielgruppe nachgekommen. Es ist selbstverständlich, dass eine solche Öffnung nur verbunden mit einer Aufstockung der Mittel erfolgen kann, um bestehende Zielgruppen nicht von den Maßnahmen auszuschließen bzw. ihren Zugang zu reduzieren. Hier konnte die BAG EJSA als Zentralstelle einen Teilerfolg verbuchen. Während die Mittel im Bereich der altersunabhängigen Projekte aufgestockt wurden, müssen sich Interessenten im Jugendbereich mit einer Festschreibung auf Vorjahresniveau zufriedengeben.

Ein Missverhältnis

Das ist eine Herausforderung, denn gerade das Gemeinwesen erlebt zurzeit eine Verschärfung der sozialen Segregation und Ausgrenzung. Während die Stärkung des Gemeinwesens auf fachlicher Ebene eine Bedeutungsaufwer-

kung im Kontext der Integration von Zugewanderten erlebt, findet sich diese nicht konsequent in der Höhe der zur Verfügung gestellten Mitteln wieder.

Für den evangelischen-diakonischen Bereich konnten wir dieses Missverhältnis zumindest für das letzte Jahr dadurch etwas auflösen, dass - auch durch die intensive Begleitung - ein guter Anteil der Antragsstellenden zur Bewilligung geführt wurde. So starteten in 2016 insgesamt 20 Projekte, die sich mit der Integration von neu zugewanderten Menschen beschäftigen. Damit

waren Diakonie und BAG EJSA die am stärksten vertretenen Verbände in der letzten Antragsphase.

Vereinfachung der Abläufe

Einen Antrag auf Förderung ab diesem Jahr wurde in 2016 von 37 Trägern gestellt. Erstmals verantwortete die BAG EJSA aufgrund von Neuordnungen in der Zusammenarbeit mit der Diakonie Deutschland auch den Gesamtantrag aller neu eingereichten Anträge. Dies wurde vor dem Hintergrund der Vereinfachung von Arbeits- und Abstimm-

mungsprozessen von einem großen Teil der AntragsstellerInnen sehr begrüßt. Diese Veränderung hat aber im letzten Jahr auch durch die Neueinrichtung der Arbeitsprozesse viele Kapazitäten gebunden.

Verbesserte Antragsbedingungen

Für die Träger zukünftiger Projekte konnte eine Verbesserung der Antragsbedingungen erreicht werden. So wird mit der kommenden Ausschreibung die Obergrenze der Zuwendung voraussichtlich um knapp 50 Prozent erhöht. Die Höchstgrenze der anzusetzenden Personalkosten wurde nach oben hin angepasst. Die Verkürzung des Zeitraums zwischen Antragsstellung und Bewilligung wurde in der Planung für die in 2016 beantragten Projekte zwar berücksichtigt. Es zeigte sich jedoch, dass sich der Start für sie aufgrund der Abstimmungen des BAMF mit den zuständigen Ministerien und Ländern leider verzögern wird.

Insgesamt zeichnet sich im Jahr 2016 ein Bild im Bereich der Integrationsprojekte, welche positiv und erwartungsvoll nach vorne blicken lässt. Diesem Eindruck folgend freuen wir uns auf ein großes Interesse an neuen Antragsstellenden für die kommende Antragsphase im Herbst 2017. ■ (bw)



Integrationsprojekt »Anagorissi« in Castrop-Rauxel: Siegerehrung nach FIFA-Turnier

Zusammenarbeit mit der Diakonie Deutschland

Fachlich eng verwoben und politisch gut aufeinander abgestimmt

Um erfolgreich zu sein und um im politischen Feld mit Expertise wahrgenommen zu werden, ist es notwendig, die Kräfte und Kompetenzen zu bündeln. Dafür ist die Zusammenarbeit von BAG EJSA und Diakonie Deutschland ein gutes Beispiel. Viele Jahre gemeinsamer Arbeit zeigen, wie sich die Themen der Jugendsozialarbeit in die sozialpolitische Arbeit der Diakonie einfügen und wie eng verwoben eine gut abgestimmte Facharbeit und eine effiziente Lobbyarbeit sein muss, um gehört zu werden.

Dabei ist die BAG EJSA als einer von ca. 75 Fachverbänden der Diakonie Deutschland auch Mitglied der Evangelischen Jugend in Deutschland (aej). Darüber haben wir im letzten Jahresbericht ausführlich berichtet. Dieses Mal wollen wir die Zusammenarbeit mit der Diakonie Deutschland würdigen.

Ausflug in die Gremienlandschaft

Einmal im Jahr Konferenz für Diakonie und Entwicklung und viermal jährlich Ausschuss Diakonie – in beiden Gremien ist die BAG EJSA vertreten. Auch in der Fachverbandskonferenz hat die BAG EJSA ihren Platz. Außerdem ist der Geschäftsführer als Sprecher für die Fachgruppe II »Gemeinde- und integrationsorientierte Fachverbände« tätig und berät sich mit den anderen drei Sprechern und den FachverbandsvertreterInnen im Aufsichtsrat der Diakonie zu aktuellen Themen wie z. B. zum Tarifrecht, zum Arbeitsrechtsregelungsgrundsatzgesetz (ARGG) oder zur Loyalitätsrichtlinie. Nicht-Insider erkennen schnell, dass hier viele Anknüpfungspunkte für Austausch, Beteiligung und Zusammenarbeit bestehen, dass man sich aber richtig hineinknien und dranbleiben muss.

Gemeinsame Themen

Obwohl wir seit vielen Jahren stets in Projektgruppen der Diakonie mitarbeiten, unsere Expertise einbringen, unsere Themen transportieren und somit immer eine sehr gewinnbringende Zusammenarbeit für beide besteht, waren die thematischen Schnittmengen im Jahr 2016 besonders groß: Das große Thema SGB VIII-Reform und damit die Umsetzung der Inklusion im KJHG führte dazu, dass Zentrumsleitung und Vorstand der Diakonie und die beiden stv. GeschäftsführerInnen der BAG EJSA in enger Abstimmung Anhörungen besuchten und gemeinsame Stellungnahmen berieten und vorlegten.

Gemeinsame Lobbyarbeit

In der Migrationsarbeit war durch die in 2016 verstärkte in die Einrichtungen kommenden jungen Geflüchteten sowohl ein intensiver Austausch der FachreferentInnen als auch massive Lobbyarbeit nötig, um gegenüber der Politik deutlich zu machen, was junge eingewanderte Menschen brauchen und was notwendig ist für eine nachhaltige Integration. Beteiligt war die BAG EJSA auch am jugendpolitischen Fachforum »sozial.räumlich. wirken« zu Förder- und Entwicklungsperspektiven für junge Geflüchtete. Im Diakonie-Projekt »Flüchtlingskinder« arbeitete unser Bundestutor mit und die BAG EJSA trug einige Beiträge für eine Handreichung bei.

In einem ganz anderen Themenfeld, der Vergabe von Arbeitsmarktdienstleistungen und der Umsetzung der neuen EU-Richtlinie ist ein starkes Bündnis nötig, um gegenüber der Bundesagentur für Arbeit überhaupt etwas in Richtung auskömmlicher Finanzierung und verlässliche Rahmenbedin-

gungen für unsere Einrichtungen bewirken zu können. Das Justitiariat der Diakonie und unser Fachreferent waren hier auch im Jahr 2016 gemeinsam mit weiteren MitstreiterInnen wie z. B. der GEW, dem Bildungsverband und dem Kooperationsverbund Jugendsozialarbeit in enger, vertrauensvoller Kooperation in Verhandlungen mit der BA.

Abgestimmte Öffentlichkeitsarbeit

In der Öffentlichkeitsarbeit ist es seit vielen Jahren Tradition, dass die zuständige Referentin den Austausch und die gemeinsame fachliche Weiter-

Fachverbänden, Landesverbänden und Bundesverband. Auch mit dem Europareferat der Diakonie in Berlin und in Brüssel besteht ein kontinuierlicher Informationsaustausch. Die Vorbereitungen für eine weitere gemeinsame Veranstaltung, dieses Mal zum Thema »ESF 2020 – ein Format mit Zukunft?« im September 2017 laufen bereits.

Im Lenkungsausschuss Recht und Wirtschaft vertrat unsere Finanzreferentin die Interessen der Fachgruppe II. Themen waren u. a. aktuelle Tendenzen am Sozialmarkt und die Konsequenzen für das soziale Unternehmertum, ins-



Sitzung Fachgruppe II (v.l.n.r.): Michael Fähndrich, Wolfgang Sartotius (Erlacher Höhe)

entwicklung im Rahmen der Jahrestagung Öffentlichkeitsarbeit und beim Bundeskongress Kommunikation nutzt. Das immer hochrangig und kompetent bestückte Programm des Bundeskongresses sucht seinesgleichen in der Fachöffentlichkeit. Auch das Projekt »Rahmenkonzept Öffentlichkeitsarbeit«, an dem die BAG EJSA mitwirkte, wurde in 2016 abgeschlossen und bietet die Grundlage für eine aufeinander abgestimmte Öffentlichkeitsarbeit von

besondere in Bezug auf ein unternehmerisch erfolgreiches Handeln der Diakonie und die diakonische Identität.

Fazit

All das zeigt, wie eng und vielfältig sich die Zusammenarbeit gestaltet. In 2016 ist es uns innerhalb der Diakonie und im evangelischen Feld gelungen, sehr wohl abgestimmte und fundierte Positionierungen vorzubringen. Gerne kann es in 2017 so weiter gehen! ■ (fä, wü)

Der »Poor Dog« der Geschäftsstelle?

Für die »Allgemeine Jugendsozialarbeit« ist eine solidere Finanzierung unabdingbar

Poor Dogs werden im strategischen Management die Problemprodukte genannt, die sich in der Regel am Ende ihres Lebenszyklus befinden und entweder abgestoßen werden sollen oder durch einen Relaunch in einen weiteren Lebenszyklus geführt werden müssen.

Ist die Allgemeine Jugendsozialarbeit, die über das KJP-Programm 05.01 finanziert wird, ein solcher »Poor Dog«, obwohl sie das Kernstück der BAG EJSA bildet? Aus diesem Programm heraus werden die Grundsatzfragen der Jugendsozialarbeit bearbeitet, Gesetzesvorhaben begleitet, Vernetzung und Austausch ermöglicht, Positionierungen verfasst. Alle Aufgabenbereiche der Jugendsozialarbeit werden im Rahmen dieser Förderung koordiniert. Neben der Jugendberufshilfe mit ihrem Konglomerat aus verschiedenen Politik- und Förderbereichen, der Jugendsozialarbeit in Europa, mit einer Vielfalt an Erfahrungen und der großen Chance, voneinander zu lernen, der schulbezogenen Jugendsozialarbeit, die jungen Menschen Unterstützung für einen erfolgreichen Schulbesuch und einen gelungenen Übergang

von Schule in Ausbildung und Beruf anbietet, stehen die speziellen Bedarfe von Mädchen, von Jungen oder von geflüchteten Jugendlichen und jungen Erwachsenen im Vordergrund.



Jährlich eine Differenz zwischen Bewilligung und Kosten

Nach einem defizitären Jahr 2013 hat sich die Finanzsituation der Geschäftsstelle seit 2014 wieder deutlich entspannt. Die Finanzierung der Arbeit ist

gewährleistet. Einzig das Programm 05.01 »Allgemeine Jugendsozialarbeit« muss trotz nicht besetzter Stellenanteile jährlich mit über 100.000 EUR aus Eigenmitteln bezuschusst werden. Die

Mittel des Programms sind auf 695.000 EUR gedeckelt, dadurch entsteht eine jährliche Differenz zwischen bewilligtem Zuschuss und der pauschalen Berechnung der bewilligten Stellen von ca. 70.000 EUR, die tariflichen Gehälter lie-

gen weitere 30.000 EUR darüber. Eine solide Planung und Kontrolle der Finanzmittel sowie eine gewisse Flexibilität durch zur Verfügung stehende Eigenmittel sind notwendig, um auf sich ständig verändernde Rahmenbedingungen und steigende Anforderungen von Leistungsnehmern und Mittelgebern reagieren zu können. Darüber hinaus wird es aufgrund der Informationsflut immer wichtiger und aufwändiger, die geleistete Arbeit auch in der Fachöffentlichkeit aufbereitet darzustellen.

Kein Raum für neue Vorhaben

Sind die jährlichen Eigenmittel bereits zu Jahresbeginn vollständig gebunden, bleibt kein Raum für neue Ideen, Maßnahmen oder Projekte. Auch für die Darstellung der Arbeit in der Öffentlichkeit, sei es über die Homepage oder über Printprodukte, können nicht ausreichend Mittel eingeplant werden.

Nein, es mangelt in der allgemeinen Jugendsozialarbeit nicht an Engagement oder Innovationskraft, auch nicht an Kreativität und Know-How. Vielleicht fehlt es manchmal einfach nur an einer soliden Finanzierung für die fachliche

Begleitung, die konzeptionelle Weiterentwicklung und den »Transport« der Erkenntnisse und Wirkungen in die Öffentlichkeit.

Neuer Lebenszyklus

Das Thema Jugendsozialarbeit ist aktuell und sie wird gebraucht. Julia Friedrichs schreibt in der ZEIT, dass »zwei Millionen Kinder in Deutschland aufwachsen, die von Anfang an schlechte Karten haben, Erfolge zu erleben, Talente zu entfalten, die Welt zu erobern ..., Steuerzahler zu werden und in die Rentenkassen einzuzahlen, Unternehmen zu gründen, mit ihrem Geist dieses Land zu bereichern und damit unsere Zukunft zu sichern«.

Die »Allgemeine Jugendsozialarbeit« sollte daher nicht unser »Poor Dog«, unser Problemprodukt bleiben. Sie befindet sich weder am Ende ihres Lebenszyklus noch sollte sie abgestoßen werden. Die einzige Lösung ist ein Relaunch in einen weiteren Lebenszyklus. Dafür bedarf es aber des politischen Willens und der Unterstützung, die wir seit Jahren einfordern und die bislang verweigert werden. ■ (kel)

Der Mehrwert von Personalentwicklung

Geschäftsstelle der BAG EJSA nutzt Instrumente und Prozesse zur Weiterentwicklung und Qualitätssicherung

Neuere Aufgaben, sich verändernde Anforderungen sowohl an die FachreferentInnen als auch an die Verwaltungskräfte in der Geschäftsstelle sind Grund genug, bewußt und geplant Personalentwicklung zu betreiben. Durch sie kann aber auch die Zufriedenheit der Mitarbeitenden erhalten

und ggf. gesteigert werden. Was haben wir im vergangenen Jahr dafür getan?

Ein wesentliches Instrument ist das jährliche Zielvereinbarungs- und Personalentwicklungsgespräch mit jeder Mitarbeiterin und jedem Mitarbeiter. Hier werden auch Wünsche zur persönlichen Qualifizierung und Weiterentwick-

lung in Bezug auf die eigenen Aufgaben bei der BAG EJSA thematisiert. Die Mitarbeitenden werden ermutigt, sich fortzubilden und in der Gesamtplanung der Fortbildung werden die Wünsche und Vorhaben aufeinander abgestimmt.

Gemeinsam mit der Mitarbeitendenvertretung hat der Geschäftsführer im

vergangenen Jahr zusätzlich einen Prozess initiiert, bei dem geklärt wurde, welcher Veränderungs- und Weiterentwicklungsbedarf besteht. Es konnten alle Mitarbeitenden der Geschäftsstelle daran teilnehmen. In zwei Workshops arbeiteten die Mitarbeitenden und die Leitungskräfte zunächst getrennt zu

diesem Thema. Nach einer getrennten Auswertung wurde Ende 2016 eine gemeinsame Klärung begonnen, die in 2017 fortgeführt wird. Auch wenn der Prozess noch nicht abgeschlossen ist, bringt er schon jetzt einen Mehrwert für die Personalentwicklung und die Zufriedenheit der Mitarbeitenden. ■ (wü)

Neues aus der Projektbegleitung

Vom Freiwilligendienst für Flüchtlinge, »smart mobilen« Jugendlichen und der Weiterentwicklung der Angebote

Neben Beratungsleistungen zu einzelnen Anträgen und Förderprogrammen entwickelt und begleitet die BAG EJSA in ihrem Portfolio der Fördermittel- und Projektberatung auch Vorhaben einzelner Mitglieder mit bundesweitem Interesse oder überregionalem Bezug. Dies geschieht nicht nur in der Antragsphase, sondern auch während des gesamten Durchführungszeitraums. Häufig konzentriert sich unser Leistungsspektrum dabei auf die Multiplikation auf Bundesebene oder den Rückbezug und die Reflektion bundesweiter Entwicklungen auf die operationale Ebene.

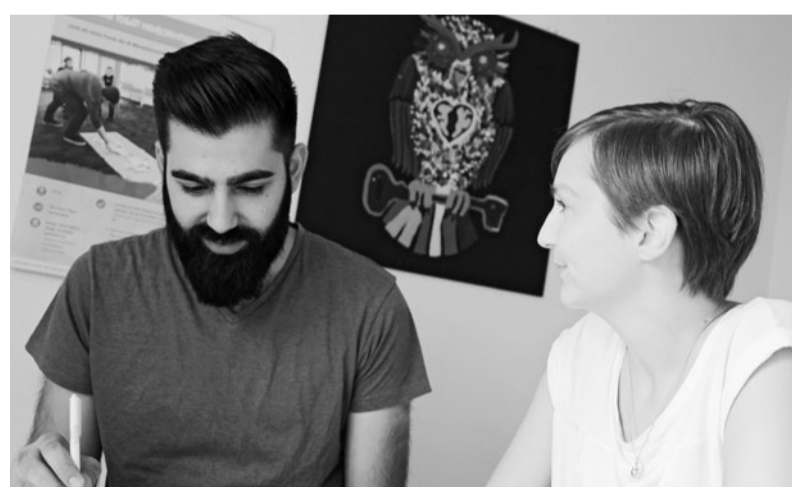
Marginalisierte Jugendliche

Im Jahr 2016 wurde die LAG Jugendsozialarbeit Baden-Württemberg, vertreten durch die Diakonie Württemberg, bei ihrem Antrag einer praxisbezogenen Studie zur Unterstützung marginalisierter und schwer erreichbarer Jugendlicher und junger Erwachsener begleitet. Das Leitziel der Studie ist der Erkenntnisgewinn darüber, welche jungen Menschen durch die zur Verfügung stehenden Angebote in der Jugendsozialarbeit nicht, nicht mehr oder nicht angemessen erreicht werden. Zudem sollen Handlungsempfehlungen entwi-

ckelt werden, wie eine bedarfsgerechte Weiterentwicklung der Unterstützungsangebote gestaltet werden kann. Seit Herbst 2016 arbeitet die Projektsteuerungsgruppe an der Konkretisierung, die sich über einen Zeitraum von 30 Monaten erstrecken wird. Die LAG JSA Baden-Württemberg arbeitet hierbei eng mit der Landesarbeitsgemeinschaft Mobile Jugendarbeit/Streetwork Baden-Württemberg e.V. zusammen.

Schnittstellen beleuchten

Im Fokus der Untersuchung stehen solche jungen Menschen, für die keine einheitliche Regelung der Unterstützungsangebote existiert und/oder sich kein verbindlicher Anspruch auf Unterstützung ableiten lässt. Dabei sollen auch insbesondere die zahlreichen Schnittstellen zu anderen Hilfesystemen wie der Wohnungslosenhilfe, Suchthilfe und Suchtprävention, oder den Migrationsfachdiensten näher beleuchtet werden. Der Möglichkeit, die Ergebnisse der beantragten Studie mit anderen bekannten Daten in Verbindung zu setzen, kommt eine hohe Bedeutung zu, wengleich das Hauptaugenmerk auf der Identifizierung von Angebotslücken und der Verbesserung der Zusammenarbeit der Fachkräfte aus



den verschiedenen Bereichen liegen soll. Das von der Vector-Stiftung kofinanzierte Projekt »Schwer erreichbare junge Menschen aus dem Abseits holen – MOBIL« des BAZ Esslingen wird schon seit Anfang des Jahres 2015 durch die BAG EJSA fachlich begleitet.

Dazu gehören auch die Vernetzung und die Ergebnissicherung. Insgesamt stellt die BAG EJSA den Bezug zwischen den konkreten Projektaktivitäten und deren Ergebnissen vor Ort und den Entwicklungen im Bereich jugendpolitischer Aktivitäten in der Region, im Land Baden-Württemberg und im Bund her.

Umgekehrt wird durch die fachliche Begleitung der Wissenstransfer von der Bundes- über die Landesebene auf die konkrete Arbeit im BAZ und bei MOBIL in Esslingen hergestellt.

Projekt mit Brückenfunktion

Vorläufiges Fazit aus der Begleitung des Projektes MOBIL: Das besondere Merkmal ist die Brückenfunktion, die das Projekt zwischen den »klassischen« Angeboten der Kinder- und Jugendhilfe und den »klassischen« Angeboten der Berufsbildung und Arbeitsmarktintegration darstellt. Bezogen auf diese beson-

dere Zielgruppe, verknüpft MOBIL niederschwellige Konzepte und Methoden mit flexiblen Unterstützungsmaßnahmen und verbindet diese zu einem Gesamtkonzept, das »entkoppelte« junge Menschen in einem ganz besonderen Maße anspricht, sie neu motiviert und für weitere Perspektiven öffnet.

FWD meets JMD

Eine weitere Aktivität stellt das Projekt »Stärkung des Angebots: Freiwilligendienst für Flüchtlinge« im Kontext von Jugend-Migrationsberatung (FWD meets JMD) dar. Hier ist es gelungen, dass die EKD Mittel zur Verfügung stellt, um 20 evangelischen Jugendmigrationsdienste darin zu unterstützen, neue Freiwilligendienst-Einsatzstellen für junge Flüchtlinge bzw. für junge Menschen, die in der Flüchtlingsarbeit tätig sind, zu schaffen.

Die BAG EJSA kooperiert hier eng mit der Geschäftsstelle der Evangelischen Freiwilligendienste und berät zusammen mit den Kolleginnen und Kollegen aus Hannover Jugendmigrationsdienste, die sich auf den Weg machen wollen, diese besondere Form der non-formalen Bildung, Beschäftigung und Orientierung für junge Menschen anzubieten. ■ (bw, ste)

Ausblick auf das Jahr 2017

Herausforderungen und Perspektiven für die BAG EJSA

Es wird ein Wahljahr, das wissen wir schon lange. Aber die (groß)politische Wetterlage enthält dieses Mal besonders viel an Ungewissheiten und Brisanz bereit. Stichworte dazu sind das Erstarren des Rechtspopulismus, der Brexit und seine noch nicht einschätzbaren Folgen für die EU, der Machtwechsel in den USA, eine schwierige Beziehung zur Türkei und – weltweit aber auch in Deutschland – eine immer weiter aufgehende Schere zwischen Arm und Reich.

dere benachteiligter – junger Menschen wollen wir im Bundestagswahlkampf drei Themen besonders herausstellen:

Themen zur Bundestagswahl

1. Wir dürfen junge Volljährige mit Unterstützung bedarf nicht alleine lassen, denn sie sind von Armut und Ausgrenzung betroffen oder bedroht und für sie wird in der Jugendhilfe in den letzten Jahren zu wenig investiert. So werden wir die Politik verstärkt auf sie, ihre Lebenssituation

3. Die Zugangszahlen von eingewanderten Jugendlichen in den Angeboten der Jugendsozialarbeit steigen. Jugendsozialarbeit in der Einwanderungsgesellschaft steht daher weiterhin prominent auf unserer Agenda. Der Integrationsprozess benötigt Zeit, viele junge Geflüchtete brauchen Begleitung und Unterstützung über einen längeren Zeitraum. Und: Die Jugendsozialarbeit muss sich verstärkt um benachteiligte junge Geflüchtete kümmern. Zu berücksichtigen ist dabei: Durch die Förderung von jungen Geflüchteten dürfen bereits hier lebende junge benachteiligte Menschen nicht hinten herunter fallen. Einen Verdrängungsmechanismus gilt es zu verhindern.

markt und hier ganz besonders die Geringqualifizierten. Auch in der Arbeit der Fachkräfte finden gravierende Veränderungen statt. In der Frage, wie wir uns diesen komplexen Herausforderungen stellen, stehen wir noch ziemlich am Anfang.

Viele Themen auf der Agenda

Natürlich haben wir noch viele weitere Themen auf der Agenda für 2017 – so z. B. in einzelnen Handlungsfeldern wie der Schulsozialarbeit, der Mädchensozialarbeit, dem Jugendwohnen und der Mobilen Arbeit. Mit dem Ziel, einer kohärenten, an individuellen Bedarf orientierten Förderung werden uns auch die Schnittstellen zwischen den SGB VIII, II und III weiter beschäftigen. Auch die Bemühungen um die Reform des SGB VIII werden wir mit einer inklusiven Brille im Blick behalten. Und natürlich wollen wir nicht nachlassen, uns weiterhin für eine dem Bedarf angemessene Ausstattung der Jugendmigrationsdienste einzusetzen.

Es wird ein Jahr mit vielen Herausforderungen werden, in dem wir froh sein werden, wenn wir nicht alleine unterwegs sind. Gemeinsam an einem Strang ziehen mit Diakonie und aej, im Kooperationsverbund Jugendsozialarbeit und mit weiteren Organisationen, die sich für die Belange benachteiligter junger Menschen einsetzen, das brauchen wir. Und offene Ohren in der Politik, die suchen wir. ■ (wü)



Was können wir als Evangelische Jugendsozialarbeit in diesem Jahr tun? Die Welt retten können wir nicht, aber wir können die Folie der Ungewissheit und Brisanz auf unsere Handlungsfelder legen und daraus ableiten, um was wir uns vorrangig kümmern müssen.

Neben unserem kontinuierlichen Engagement für die Belange – insbeson-

und den notwendigen Handlungsbedarf aufmerksam machen.

2. Demokratie ist keine dauerhafte Selbstverständlichkeit. Auch in der Jugendsozialarbeit muss sie gepflegt und gestärkt werden, durch mehr Demokratiebildung und Antirassismusbildung. Wir suchen dafür geeignete Wege und Ressourcen.

Mit Fachveranstaltungen (siehe die Ankündigungen auf dieser Seite) und persönlichen Gesprächen mit den KandidatInnen für den nächsten Bundestag werden wir uns in den Bundestagswahlkampf einmischen.

Herausforderung: Digitalisierung

Alle Verantwortlichen in Politik und Gesellschaft müssen sich mit den Veränderungen auseinandersetzen, die die Digitalisierung und die Arbeitswelt 4.0 uns in allen Lebensbereichen bringt. Das gilt auch für die Jugendsozialarbeit. Davon betroffen sind nicht nur junge Menschen auf dem Arbeits-

Eine Inszenierung in vier Akten

Debatte und fachlicher Austausch zur SGB VIII-Reform im Jahr 2016

Ende April erscheint inoffiziell die erste Arbeitsfassung zur SGB VIII-Reform. Was ist passiert? Am 29. Juni fand im BMFSFJ ein Gespräch zwischen Staatssekretärin Caren Marks, Abteilungsleiterin Bettina Bundszus-Cecere und Dr. Heike Schmid-Obkirchner mit den Spitzen der Verbände der BAGFW statt.

1. Akt: Erste Arbeitsfassung

Wir erfahren: Der Referentenentwurf – zuletzt angekündigt für Anfang Juli – liegt noch im BMFSFJ. Er soll aber bald in die Frühkoordinierung und Ressortabstimmung kommen und wird für den Herbst erwartet. Die Reform wird zwei Gesetze umfassen: eines zur Weiterentwicklung der Hilfen zur Erziehung und eines zur Umsetzung der inklusiven Lösung.

Die inoffizielle Arbeitsfassung von Ende April scheint an vielen Punkten verändert, sodass man sich darauf im Grunde nur noch bedingt beziehen kann. Seitens des BMFSFJ wird versichert, dass der Entwurf nicht in der Sommerpause »durchgedrückt« werden soll. Es solle ausreichend Zeit für Stellungnahmen der Verbände geben. Im Vorfeld sollen noch zwei oder drei Fachgespräche im BMFSFJ stattfinden.

2. Akt: Neues zeichnet sich ab

Konkret erfahren wir, dass das SGB VIII in zwei Schritten verändert werden soll. Die Neuregelungen zur inklusiven Lösung werden erst ab dem Jahr 2022 in Kraft treten, die Veränderungen im KJHG, die neben den Neueregungen bei den Hilfen zur Erziehung

auch eine Veränderung des §13 bedeuten würde, sollen bereits zum Anfang 2017 erfolgen.

Abgestimmt im Kooperationsverbund Jugendsozialarbeit führen wir Gespräche mit den jugendpolitischen SprecherInnen der Bundestagsfraktionen, sprechen auch weitere Bundestagsabgeordnete an, mit denen wir im Kontakt stehen. Wenn der Referentenentwurf veröffentlicht ist, wird die



Stellungnahme des Kooperationsverbundes umgehend fertig gestellt und veröffentlicht, so unsere Planung.

3. Akt: Zweite Arbeitsfassung

Am 23. August wird die zweite Arbeitsfassung (noch kein Referentenentwurf!) mit einer 80-seitigen Begründung veröffentlicht. Seitdem gibt es in vielen Zusammenhängen Gespräche darüber, wie diese einzuschätzen ist. Wir werden auf vielen Ebenen aktiv, um Informationen zu bekommen und uns in die Debatte einzumischen. Die Arbeitsgruppe zur SGB VIII-Reform in der Diakonie

Deutschland stellt uns dabei immer zeitnah und regelmäßig Informationen und Hintergrundwissen, wie z. B. eine detaillierte Synopse, zur Verfügung. Sie vertritt auch in den im Herbst laufenden Fachgesprächen im BMFSFJ unsere Interessen, die wir in regelmäßigem Austausch miteinander abstimmen.

Das BMFSFJ will über die Fachgespräche Rückmeldungen zum Arbeitsentwurf erhalten. Auf Grundlage dieser

Rückmeldungen will das Ministerium über die weiteren Schritte des Gesetzgebungsvorhabens entscheiden. Die Diakonie Deutschland bringt in den Gesprächen ihre erheblichen Bedenken gegen das Gesetz ein. Sie nimmt im Anschluss an die Gespräche und auf der Grundlage der dort aktualisierten Informationen differenziert Stellung.

4. Akt: Das vorläufige Ende?

Ob das Reformvorhaben noch in dieser Legislatur kommt oder nicht, oder nur Teile daraus auf den Weg gebracht werden, ist am Ende des Jahres ungewiss.

Am 18.1.2017 stellte Bundesministerin Schwesig im Familienausschuss des Bundestages die Vorhabenplanung 2017 für ihr Ministerium vor. Die darin enthaltenen Informationen zur Reform des SGB VIII lauten: Aufgrund der unterschiedlichen Interessenslagen zwischen Bund, Ländern und Kommunen sowie Verbänden, die in den im Herbst 2016 durchgeführten Dialogforen zu den ersten Textentwürfen deutlich wurden, sei ein weitergehender Verständigungsprozess vor allem zur inklusiven Lösung nötig. Dem soll mit einem weiteren Dialog (bis August 2017) Rechnung getragen werden. Man halte an dem bewährten transparenten und beteiligungsorientierten Vorgehen fest, so die Ministerin. Bei der anstehenden Reform gehe es um einen Dreiklang: Eine zurückhaltende HzE-Reform, die inklusive Lösung sowie mit hoher Priorität der Kinderschutz. Auch der Jugendcheck solle sich in der SGB VIII-Novelle wiederfinden.

Das erste Mal war nicht mehr konkret von einer Umsetzung in der laufenden Legislatur die Rede, die Terminierung der Dialogforen spricht für eine Verschiebung zumindest der inklusiven Lösung in die nächste Wahlperiode. Auf der anderen Seite ist die Reform des SGB VIII regulär in der Vorhabenplanung aufgeführt, sodass weiterhin alles möglich erscheint – z. B. ein Zwischenschritt: Novelle von HzE und anderem sowie ein Ankündigungsgesetz zur inklusiven Lösung. Zudem soll noch in dieser Legislatur der Kinder- und Jugendschutz novelliert werden. Es bleibt also spannend. ■ (ste)

Veranstaltungen der BAG EJSA

Schulabsentismus – Reflexionen über gelingende Ansätze in der Jugendsozialarbeit

Termin: 18. – 19.5.2017
Tagungsort: Erfurt
Kontakt: Claudia Seibold

Qualifizierungsprogramm für die JMD: Modul 1 »Case Management«

Termin: 22. – 24.5.2017
Tagungsort: Frankfurt am Main
Kontakt: Rebekka Hagemann

Integration, Diversität, Disparität – Herausforderungen für die Jugendsozialarbeit

Termin: 31.5.2017
Tagungsort: Frankfurt am Main
Kontakt: Judith Jünger

Religions- und kultursensible Arbeit in der Schulsozialarbeit

Termin: 5.9.2017
Tagungsort: Halle (Saale)
Kontakt: Claudia Seibold

ESF-Transnational: Von guten Beispielen lernen

Ort: EKD-Büro, Brüssel
Termin: 7.9.2017
Kontakt: Hans Steimle

Arbeit mit Mädchen und jungen Frauen mit Gewalt- und Traumaerfahrung

Termin: 18.9.2017
Tagungsort: Leipzig
Kontakt: Susanne Käßler

Umgang mit sanktionierten und straffällig gewordenen Jugendlichen

Ort: Leipzig
Termin: 19.9.2017
Kontakt: Hans Steimle

Gesellschaft im Wandel: Wohin bricht die Jugendsozialarbeit auf?

Termin: 18.10.2017
Tagungsort: Schwerin
Kontakt: Gisela Würfel

Rollenbilder von Jungen und jungen Männern mit Fluchterfahrung

Termin: 22. – 23.11.2017
Tagungsort: Mainz
Kontakt: Susanne Käßler

Wir sind Jugend-Migrations-Dienst: Trägerübergreifende JMD-Konferenz

Termin: 29. – 30.11.2017
Tagungsort: Berlin
Kontakt: Walter Weissgärber

Die BAG EJSA ist der bundesweite Zusammenschluss der Jugendsozialarbeit in Diakonie und evangelischer Jugendarbeit. Außerdem ist die BAG EJSA mitverantwortliche Zentralstelle für das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Als Fachorganisation der Jugendhilfe vertreten wir die Interessen benachteiligter junger Menschen und die gemeinsamen Anliegen unserer Mitglieder insbesondere in den Bereichen Jugend-, Bildungs-, Arbeitsmarkt-, Migrations- und Sozialpolitik.